



# Jahresbericht 2013

### Impressum

■ **Herausgeberin:**

Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell

E-Mail: [info@duh.de](mailto:info@duh.de), Internet: [www.duh.de](http://www.duh.de)

**Spendenkonto:**

Bank für Sozialwirtschaft Köln **81 90 002**  
BLZ 370 205 00  
**IBAN: DE45370205000008190002**  
**SWIFT/BIC: BFSWDE33XXX**

■ **Autoren:** Oliver Finus, Ulrike Fokken, Verena Gal, Michael Hadamczik, Tobias Herbst, Laura Klein, Gerd Rosenkranz, Agnes Sauter, Robert Spreter, Ulrich Stöcker, Silke Wissel, Nina Wolff, Albert Wotke

■ **Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken

■ **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch

■ **Druck:** Druckerei Krammer, Inh. Claudia Baingo, Radolfzell

■ **Bildnachweis:** Titelseite: U. Antas, Minden/Pixelio.de (o), S. Pfütze/DUH (l), S. Gunkel (m), VRD/Fotolia.com (r); S. 3: A. Busch; S. 4: (von oben) U. Dreiucker/Pixelio.de (l), K.F.L./Fotolia.com (l), AVampire Tear/wikimedia (l), SDW Hamburg (l), T. Wenger/Pixelio.de (m), photophonie/Fotolia.com (r); S. 5: (von oben) Eisenhans/Fotolia.com (r), R. Sturm/Pixelio.de (l), DUH (2x r), Hand in Hand-Fonds (r); S. 6: H.D. Volz/Pixelio.de; S. 7: flashpics/Fotolia.com (l), P. Bork/Pixelio.de (r); S. 8: K. Martin/wikimedia commons; S. 9: DUH (l), P. Dirscherl/Pixelio.de (r), B. Dietl (u); S. 10: T. Bayer/Fotolia.com; S. 11: R. Lehmann/DUH; S. 12: S. Serdyuk/Fotolia.com; S. 13: G. Sanders/Fotolia.com (l), frogfisch/Fotolia.com; S. 14: R. Lehmann/DUH; S. 15: pitb\_1/Fotolia (l); Kzenon/Fotolia.com (r); S. 16: Cornerstone/Pixelio.de; S. 17: M. Lundgreen/Wild Wonders of Europe/OCEAN2012; F. Schmidt/Fotolia.com (r); S. 18: S. Gunkel; S. 19: E. Ayboga/DUH (l), S. Wissel/DUH (r); S. 20: NZO Bielefeld/Dr. Bockwinkel; S. 21: Stadtverwaltung Andernach/Maurer (l), Stadtjugendring Sondershausen (r); S. 22: O. Killig; S. 23: DUH (l), P. Finger (r); S. 24: C. Müller/Fotolia.com; S. 25: FM2/Fotolia.com (l), Black Jack/Fotolia.com (r); S. 26: DUH; S. 27: B. Dietl; S. 28: Grafik DUH (Perlenflasche: Gesellschaft Deutscher Brunnen e.V.; picsfive/Fotolia.com); S. 29: DUH (l), fotodoc/Fotolia.com (r); S. 30: J. Barthel/DUH; S. 31: DUH; S. 32: Hand in Hand-Fonds (o), G. Fiedler/DUH (u); S. 33: S. Pfütze/DUH (Montage DUH) (o), IASS/Schulzendorff (m.l.), SWR (m.r.), privat (u); S. 34: B. Dietl (l), R. Lehmann/DUH; S. 35: R. Lehmann/DUH, privat (m.l.); S.40: J. Yaruta/Fotolia.com (l), J. Barthel/DUH (m), richterfoto/Fotolia.com (r), J. Sawluk/Pixelio.de (u)

---

■ **Redaktionsschluss:** 01.12.2013

■ **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier



## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Impulse für den Klimaschutz oder den Erhalt der biologischen Vielfalt haben wir von der politischen Bühne in diesem Jahr leider keine gehört. Auf der Klimakonferenz von Warschau haben die Staaten gezauert und solange ergebnislos gestritten, bis die weltweiten Umweltverbände genug von dem Theater hatten und die Konferenz aus Protest gegen das große Zagen verlassen haben. In Deutschland haben SPD und Union wochenlang einen Koalitionsvertrag verhandelt, doch die Chance für eine kluge Verzahnung von Energiewende und Naturschutz, Klimapolitik und nachhaltiger Industriepolitik haben die Volksparteien nicht genutzt.

Denn Industriepolitik bedeutet für Kanzlerin Merkel und etliche der Minister ihres Kabinetts noch immer, den Klimaschutz auszuhebeln und so unverantwortlich weiter zu machen wie bisher. Das schadet der Wirtschaft, und das mag sich aus dem Munde eines Umweltschützers merkwürdig anhören. Doch die zunächst von Merkel gestoppten und dann aufgeweichten europäischen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Neuwagen verhindern, dass die mittelständischen Zulieferer ihre innovativen und damit effizienten und klimafreundlichen Technologien auf den Markt bringen können. Und klimafreundliche Technik interessiert uns von der Deutschen Umwelthilfe e.V. immer. Wir setzen uns seit Gründung der DUH 1975 für Umwelttechnik und nachhaltiges Wirtschaften ein, um die Ressourcen zu erhalten und die Natur zu schützen.

Deutschland genießt seit langem weltweit ein hohes Renommee für die Errungenschaften im Umweltrecht und nun auch für die Energiewende. Politiker, Unternehmer, Wissenschaftler und Umweltschützer aus aller Welt schauen voll Interesse und, ja: Bewunderung auf Deutschland. Denn wenn es ein Land schaffen kann, sagen sie, dann Deutschland. Die Fachleute der DUH stehen bereit, die neue Regierung jederzeit an die vor langem eingenommene Vorreiterrolle zu erinnern. Wir treiben deshalb nach Kräften die Energiewende voran und gehen gegen den Bau von Kohlekraftwerken vor. Wir nutzen weiterhin alle juristischen Mittel, damit die Umweltstandards und EU-Grenzwerte für Emissionen in Luft, Wasser und Boden hierzulande eingehalten werden. Wir setzen uns für das klimafreundliche Mehrwegsystem ein, prangern Plastik als Pest für die Umwelt an und sehen auf die Details, wenn es um die Rechte von Verbrauchern im Umweltschutz geht. Neue Impulse haben wir 2013 aus der noch kleinen Wildnisbewegung in Europa erhalten. Die Ergebnisse aus einem ersten Wildnis-Projekt der DUH-Naturschützer in den verwilderten Städten finden Sie auf den folgenden Seiten. Ich freue mich schon jetzt, Ihnen im kommenden Jahr mehr über die neuen Wildnisprojekte zu berichten.

Wenn Sie unsere Arbeit in der Zwischenzeit verfolgen möchten, finden Sie uns im Internet. Nun lade ich Sie im Namen des Vorstands herzlich ein, sich einen Überblick von der Arbeit der Deutschen Umwelthilfe e.V. zu machen.

Mit herzlichen Grüßen

*Harald Kächele*

Prof. Dr. Harald Kächele  
Bundesvorsitzender der Deutschen Umwelthilfe e.V.



2 Impressum

3 Vorwort

4 Inhalt



Energie und Klimaschutz



6 **Energiewende – Das Ziel im Blick behalten**

Die DUH setzt sich für die naturverträgliche Energiewende ein, für mehr Energieeffizienz und eine ehrliche Kostendebatte

9 **Mal ordentlich lüften! – Klimaschutz auf stillgelegten Abfalldeponien**

11 **„Die Akzeptanz der Energiewende ist ein fragiles Gut“**  
Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Michael Spielmann über die Strompreisdebatte, die Chancen und Probleme der Energiewende und die naturverträgliche Umsetzung

Verkehr und Luftreinhaltung

12 **Warum Gesetze nicht reichen**  
Die DUH hat zwei Grundsatzentscheidungen beim Europäischen Gerichtshof erreicht für Umwelt, Klima, Natur und somit auch für den Menschen

14 **„Wir schöpfen alle juristischen Mittel aus, um Raubtierlobbyismus aufzudecken“**

Der Einfluss der Autoindustrie auf die Politik verhindert Innovationen und behindert Klimaschutz und Zulieferer, sagt Dorothee Saar, Leiterin Verkehr & Luftreinhaltung

Naturschutz

16 **Für das Leben im Meer**

Die DUH kämpft für den Naturschutz in der EU-Fischereipolitik und den Schutz des Schweinswals beim Bau von Windanlagen auf See

18 **Lebendige Flüsse, wilde Städte: Die DUH fördert Natur und Wildnis**

Kommunaler Umweltschutz



20 **Mit Natur leben Städte auf**

Die DUH unterstützt Kommunen dabei, die Natur in die Stadt zu holen

22 **Regional und erneuerbar**

Für Städte und Gemeinden zahlt sich die Energiewende aus – die DUH begleitet die Kommunen und Stadtwerke auf ihrem Weg



**Ökologischer Verbraucherschutz**

**24 Anwalt für Umwelt und Verbraucher**

Je besser die Verbraucher die Umweltauswirkungen von Produkten kennen, desto umweltbewusster können sie kaufen. Die DUH streitet für das Recht von Verbrauchern



**26 Mit Mehrweg für den Klimaschutz**

Ob Mehrwegflaschen für Saft, Wasser und Bier oder als Becher in Fußballstadien – das Mehrwegsystem ist nicht zu toppen. Die DUH geht daher gegen die Machenschaften der Einweglobby vor

**27 „Getränkedosen stärken nur die Konzerne“**

Interview mit DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über die Verbrauchertäuschung bei Discountern, Umweltschutz durch Mehrweg und die Werbelügen der Konzerne

**30 Plastiktüten sind die Pest**

Weder Plaste noch Elaste – um die Flut von fünf Milliarden Plastiktüten in Deutschland einzudämmen, setzt sich die DUH für eine Abgabe auf Einweg-Plastikbeutel ein

**Umwelt und Entwicklung**

**32 Umweltbildung im Garten der Zukunft**

Mit Menschen aus drei Kontinenten und Rapunzel Naturkost feiert die DUH 15 Jahre ökologische Entwicklungsprojekte im Hand in Hand-Fonds. Rund um Hannover bringt der Regionalverband Nord Kinder und Senioren auf Wildwiesen zusammen

**Medien**

**33 Der UmweltMedienpreis 2013**

**DUH intern**

**34 Das Leitungsteam**

**Bilanz**

**36 Solide Finanzen sichern Unabhängigkeit**

Engagement für Umwelt- und Naturschutz erfordert Unabhängigkeit. Dazu braucht die DUH eine verlässliche finanzielle Basis. Basis und Unabhängigkeit schaffen wir uns durch Zuschüsse von öffentlichen und privaten Institutionen, Spenden und Einnahmen aus dem Verbraucherschutz

**39 Adressen**



# Energiewende – Das Ziel im Blick behalten

Die Deutsche Umwelthilfe engagiert sich für die Umsetzung der Energiewende, für durchdachten Klimaschutz und mehr Energieeffizienz. Dabei nennt sie die Herausforderungen, aber auch die Chancen und plädiert für eine ehrliche Kostendebatte. Und es ist klar: Die Energiewende funktioniert nur naturverträglich und sozial gerecht



■ Die Bundestagswahl 2013, davon waren wir bei der Deutschen Umwelthilfe im Vorfeld überzeugt, würde auch im Zeichen der Energiewende stehen. Zwischen den Parteien würde selbstverständlich gestritten werden, aber weniger um das Ziel an sich, als um den besten Weg zu einem klima- und umweltschonenden Energiesystem der Zukunft. Für die DUH jedenfalls war und ist die Energiewende ein Schwerpunkt – und zwar in fast allen Abteilungen.

Trotzdem kam es anders als gedacht. Wir waren zu optimistisch. Statt der großen Herausforderungen des Systemübergangs aus der atomar-fossilen Energiewirtschaft in eine regenerativ-nachhaltige überdeckte eine in vielerlei Hinsicht unseriöse Kostendebatte fast jede ernsthafte Auseinandersetzung. Im Wahlkampf schließlich wurde wenig um Inhalte gerungen, und wenn, dann standen andere Themen im Vordergrund als die Energiewende.

Zum Ende des Jahres 2013 wird Deutschland von einer anderen Koalition regiert – und es scheint nicht mehr ausgemacht, ob die neue Bundesregierung um den besten Weg zur Energiewende ringt oder vielmehr um die Frage, ob die Energiewende überhaupt bis zum Ziel eines nachhaltigen Energiesystems geführt werden soll.

Da zum Thema Energiewende viele Nebelkerzen geworfen werden, bemüht sich die DUH mit ausführlichen



Hintergrundanalysen um Aufklärung. Wir sind insbesondere gegen die von großen Industrieverbänden, dem damaligen FDP-Wirtschaftsminister Philipp Rösler sowie Umweltminister Peter Altmaier (CDU) und EU-Energiekommissar Günther Oettinger (CDU) immer wieder vorgetragenen Märchen von der Unbezahlbarkeit der Energiewende vorgegangen.

### Erdgas verteuert Strompreis

Dabei zeigte sich, dass es bei den Strompreisen eine zweigleisige Entwicklung gibt: Die privaten Stromverbraucher, kleine Gewerbetreibende und große Teile des Mittelstandes zahlen doppelt so viel für die Kilowattstunde Strom, wie noch zur Jahrtausendwende. Doch mit den Kosten des Ausbaus der erneuerbaren Energien hat das nur bedingt zu tun. Der Strompreis für dieses Verbrauchersegment zeigte schon nach oben, viele Jahre bevor auch die EEG-Umlage zu steigen begann – und verlief über den gesamten Zeitraum nahezu linear.

Überwiegend verantwortlich für die Entwicklung seit der Jahrtausendwende waren die wachsenden Importkosten für Erdgas und Kohle und ein nicht funktionierender Strommarkt. Die dominierenden Energiekonzerne Eon, RWE, EnBW und Vattenfall konnten so bis 2012 Gewinne in dreistelliger Milliardenhöhe einfahren.

Eine gegenläufige Entwicklung ist bei den energieintensiven Unternehmen

zu beobachten: Wegen der von der schwarz-gelben Bundesregierung gewährten großzügigen Rabatte bei der EEG-Umlage und anderen Stromkosten und unter dem Einfluss des an der Leipziger Strombörse besonders günstigen Ökostroms sanken die Stromkosten für diesen Industriesektor seit den Energiewendeentschlüssen des Jahres 2011 kontinuierlich. Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stieg rasant, abzulesen an einem Exportüberschuss, der 2012 schon bei mehr als 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag (in Zahlen: 188 Mrd. Euro). Dieser Umstand bringt inzwischen die europäischen Nachbarn und die USA gegen Deutschland auf.

Die Entwicklung hinderte die Industrieverbände und Politiker von FDP und

Union jedoch nicht, fast täglich den Niedergang des Wirtschaftsstandorts und die Abwanderung der Industrie zu beschwören, auf die es nicht den geringsten Hinweis gibt. „Faktenfreies Argumentieren“ nannte die DUH diese Form der Stimmungsmache. In der heißen Wahlkampfphase starteten wir mit dem internationalen Kampagnennetzwerk Avaaz unsere Analyse unter dem Titel „Energiewende oder Energiewendeende?“, die innerhalb weniger Tage große Verbreitung im Internet fand.

2011 hatte die von Kanzlerin Merkel eingesetzte Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“ gefordert, die Energiewende als „Gemeinschaftswerk“ der Gesellschaft zu begreifen.



### Neuer Anlauf zur Endlagersuche – DUH verhindert Export von Atommüll durch die Hintertür

Erstmals seit der Entscheidung für Gorleben im Jahr 1977 soll die Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort für hochradioaktiven Atommüll aus deutschen Atomkraftwerken bundesweit und nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgen. Alle bis zur Bundestagswahl 2013 im Parlament vertretenen Parteien (mit Ausnahme der Linken) verständigten sich kurz vor Ende der Wahlperiode mit den Vertretern der Länder auf ein entsprechendes Suchverfahren. Das Gesetz ist unter Umweltschützern und AKW-Gegnern umstritten, weil Gorleben vorerst ein möglicher Standort bleiben soll.

Die Deutsche Umwelthilfe hat sich dennoch entschlossen, sich am von der Bundesregierung veranstalteten Endlagerforum zur Diskussion des Standortauswahlgesetzes zu beteiligen und dort zahlreiche Änderungsvorschläge eingebracht. Diese wurden teilweise übernommen. Insbesondere hat die DUH maßgeblich dazu beigetragen, den Versuch des Bundesumweltministeriums zu verhindern, Möglichkeiten zum Export von deutschem Atommüll zur Endlagerung im Ausland zu eröffnen. Eine Kommission aus Politikern und Vertretern gesellschaftlich relevanter Gruppen soll das eben erst verabschiedete Gesetz evaluieren und Vorschläge für das Auswahlverfahren erarbeiten. Ob die Umweltbewegung die ihr zugedachten beiden Sitze in dem Gremium besetzen wird, ist umstritten und noch nicht entschieden.



Von diesem Anspruch ist nicht mehr viel übrig. Unter dem Dach der Klima-Allianz und der Moderation des Vorsitzenden der Ethik-Kommission und früheren Bundesumweltministers Klaus Töpfer (CDU), forderte deshalb auch die DUH eine sozial gerechte Energiewende mit einer fairen Lastenteilung ein. Wir forderten im Wahlkampf in Gesprächen mit Spitzenvertretern der Bundestagsparteien, dass durch wachsende Strompreise ausgelöste soziale Härten in einkommensschwachen Haushalten ausgeglichen werden müssen.

### Forum Netzintegration Erneuerbare Energien – Hingehen, wo es weh tut

Um die Energiewende praktisch voranzubringen, arbeitete das von der DUH bereits 2008 initiierte Forum Netzintegration Erneuerbare Energien intensiv an der Fortschreibung seiner Vorschläge. Unter dem Titel „Plan N 2.0 – Politikempfehlungen zum Umbau der Stromnetze“ liegt das Strategiepapier zum Ende des Jahres 2013 vor.

Im Januar 2014 werden wir die Empfehlungen an die neue Bundesregierung übergeben. In einem zweijährigen Dialogprozess zwischen Stromnetzbetreibern, Bürgerinitiativen, Verbänden und Unternehmen der Energiebranche sind konkrete Lösungsvorschläge rund um Bürgerbeteiligung, Wohnumfeldschutz, Naturschutz, Freileitungs- und Erdkabeltechnologie entwickelt worden. Mit den im Konsens unterschiedlicher Interessen erarbeiteten Maßnahmen kann der Umbau der Stromnetze für die Energiewende ein gutes Stück vorankommen. Das Forum gilt inzwischen unter Fachleuten als einer der wichtigsten und kompetentesten Zusammenhänge für die praktische Umsetzung der Energiewende.

Nicht nur in Berlin, auch an den Brennpunkten der Auseinandersetzung um den Um- und Ausbau der Strominfrastruktur lag 2013 erneut ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Die DUH organisierte und moderierte





zahlreiche Informations- und Diskussionsveranstaltungen in den vom Stromnetzum- und -ausbau betroffenen Regionen, insbesondere in Niedersachsen und Brandenburg.

In Schleswig-Holstein hat die DUH im Auftrag des Kieler Energiewendeministeriums einen bisher einzigartigen Dialogprozess zu der geplanten 380-kV-Stromtrasse entlang der Westküste be-

gleitet und moderiert. Die „Westküstenleitung“ gilt als eines der zentralen Infrastrukturprojekte der Energiewende. Ziel unseres bürger- und wohnortnahen Dialogprozesses war es, einen frühzeitigen konstruktiven Austausch zwischen dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT TSO und betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen.

In den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen fanden zwischen April und Oktober 2013 insgesamt 16 Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertretern aus der Verwaltung, von Verbänden und aus der Land- und Forstwirtschaft statt. Statt von Fachvorträgen wurden die Veranstaltungen dominiert von lebhaften, häufig auch kontroversen Diskussionen zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertretern des Energiewendeministeriums, des Netzbetreibers und wissenschaftlichen Experten.

Ergänzt wurde die Veranstaltungsreihe durch zwei Konferenzen im Verlauf und zum Abschluss des Prozesses. Nicht nur von der DUH wird der Dialogprozess zur Westküstenleitung inzwischen als modellhaft für die frühzeitige Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern bei zukünftigen Planungsverfahren für Höchstspannungsleitungen gesehen. Die Moderationsprozesse entlang geplanter Trassen wollen wir auch in Zukunft intensiv fortführen.

## Mal ordentlich lüften! – Klimaschutz auf stillgelegten Abfalldeponien

Mülldeponien verschärfen den Klimawandel. Weltweit stehen Abfalldeponien nach Rinderzucht und Reisanbau an dritter Stelle unter den Methan emittierenden Klimasündern. Und eine Tonne Methan ( $\text{CH}_4$ ) schädigt das Klima 21-mal stärker als eine Tonne Kohlendioxid ( $\text{CO}_2$ ). Deponien sind auch in Deutschland ein Problem, denn Müllkippen mit organischen Abfällen emittieren noch bis zu 50 Jahre nach ihrer Schließung das klimaschädliche Deponiegas.

Gemeinsam mit den Partnern IFAS, Ingenieurbüro für Abfallwirtschaft und GFA Envest GmbH trommelt die DUH deshalb in dem von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt unterstützten Projekt für eine neue Methode. Im Fachjargon heißt die aerobe in situ Stabilisierung und ist geeignet die Stoffumsetzung in geschlossenen Abfalldeponien auf drei bis sechs Jahre zu verkürzen. So wird die klimaschädliche Methangasentwicklung entscheidend reduziert. Als Nebeneffekt wird das Problem der Grundwassergefährdung durch Altdeponien entschärft.

Seit Jahresbeginn 2013 fördert das Bundesumweltministerium die Klimaschutzmaßnahme aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative. Das macht das Verfahren insbesondere für kommunale Deponiebetreiber attraktiv. Die in dem Projekt zusammengeschlossenen Partner rufen die Deponiebetreiber und Gemeindeverantwortlichen auf, sich für die Förderung zu bewerben und veranstalten bundesweit entsprechende Informationsworkshops.

## Die DUH-Netzwerke als Forum der Energiewende

Auch 2013 hat die DUH komplexe Brennpunkte der Energiewende in eigenen Fachnetzwerken mit Vertretern unterschiedlicher Interessen diskutiert. Insgesamt fünf Netzwerke – das Netzwerk Energiewende, das Forum Netzintegration, das Netzwerk Wärme (Energieeffizienz), das Netzwerk Energiespeicher und das Netzwerk Bioenergie – machen die DUH selbst inzwischen zu einem Forum der Energiewende. Außerdem waren Vertreterinnen und Vertreter der DUH in zahlreichen Plattformen zur Energiewende im Bundesumwelt- und im Bundeswirtschaftsministerium präsent, ebenso bei Kongressen und Fachsymposien der Parteien und Fachverbänden sowie bei Anhörungen des Bundestags.

Das Thema Energieeffizienz haben wir zu einem neuen Schwerpunkt unserer Arbeit entwickelt. Wir wollen, dass der Bereich Wärme und Warmwasserbereitung, der allein für 40 Prozent des Energieverbrauchs und ein Drittel der nationalen CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist, endlich seiner Bedeutung entsprechend in das Zentrum der Energie- und Klimadebatte rückt. Der Politik gelingt es nicht, die energetische Sanierungsrate der Gebäude so zu beschleunigen, dass die von der Regierung gesteckten Klimaziele erreicht werden können. Diese Tatsache hat die DUH immer wieder als „eklatantes Politikversagen“ angeprangert.

Möglich ist die Tatenlosigkeit der Politik auch, weil die Sanierung des Gebäudebestands weithin vor allem als teuer und unwirtschaftlich gilt. Mit unserem im Herbst 2013 veröffentlichten Hintergrund „Energetische Gebäudesanierung? – Ja, bitte!“ wollen wir mit diesem Vorurteil aufräumen und dazu beitragen, das schlechte Image der energetischen Sanierung zu verbessern. Denn in der Realität hilft sie nicht nur dem Klima, sondern auch dem Geldbeutel. Über unser „Netzwerk Wärme“ wollen wir auch für eine ambitionierte Umsetzung der Effizienz-

richtlinie der EU streiten. Dazu gehört, die organisierten Widerstände gegen die energetische Sanierung und andere Effizienzmaßnahmen ausfindig zu ma-

chen und zu benennen. Denn nirgends sonst klaffen Reden und Handeln so weit auseinander wie beim Thema Energieeffizienz.



## Kohlekraft treibt Stromexport in historische Höhen – DUH fordert Gegenstrategie

Energiewende absurd. Trotz des Ausbaus der erneuerbaren Energien und eines erfolgreichen Widerstandes gegen neue Kohlekraftwerke steigen in Deutschland die Treibhausgasemissionen aus der Stromerzeugung. Kohlestrom kann konkurrenzlos billig produziert werden, denn der CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel siecht. Die Stromexporte erreichten deshalb schon 2012 ein Allzeithoch. 2013 wird dieser Wert noch einmal um 50 Prozent getoppt. Prognosen der Bundesnetzagentur besagen, dass das noch zehn Jahre so weitergeht – Kohle mit voller Kraft voraus.

Der Kohleboom ist schlecht fürs Klima. Die nationalen Klimaschutzziele rücken in weite Ferne, obwohl der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung steigt. Schlimmer noch: flexible Gaskraftwerke fallen aus dem Markt.

Die Anti-Kohle-Kampagne der DUH drängt deshalb die Bundesregierung, in Brüssel für eine Wiederbelebung des EU-Emissionshandelssystems zu streiten und parallel nationale Klimaschutzinstrumente auf den Weg zu bringen. Ziel muss sein, klimaschädliche und nicht mehr benötigte Dreckschleudern beschleunigt abzuschalten und in begrenztem Umfang durch effiziente Gaskraftwerke zu ersetzen. Als wirksame Instrumente schlägt die DUH gesetzlich festgelegte CO<sub>2</sub>-Grenzwerte pro Kilowattstunde und ambitionierte elektrische Mindestwirkungsgrade vor.

## „Die Akzeptanz der Energiewende ist ein fragiles Gut“



DUH-Bundesgeschäftsführer Michael Spielmann über die schräge Strompreisdebatte, die Chancen und Probleme der Energiewende und die Notwendigkeit ihrer naturverträglichen Umsetzung

### **Funktioniert die Energiewende nach Ihrem Eindruck unabhängig von der Berichterstattung über ihre Kosten?**

*Die Energiewende funktioniert bisher jedenfalls weitgehend unabhängig von der wiederholten Behauptung, sie sei unbezahlbar. Die Akzeptanz der Energiewende ist bei den Bürgerinnen und Bürgern ausweislich aller Umfragen nach wie vor sehr hoch. Mehr noch, die Bürger sind die wichtigsten Träger der Energiewende. Sie investieren Milliarden. Öffentliche und veröffentlichte Meinung fallen bei diesem Thema extrem auseinander.*

### **Gibt es dafür eine Erklärung?**

*Ja, die Menschen spüren, dass der schrille Ton der Kostendebatte angesichts der Ewigkeitskosten von Atomkatastrophen wie in Fukushima oder der verheerenden Folgen des Klimawandels wie nach dem Taifun auf den Philippinen unangemessen ist.*

### **Sind die steigenden Strompreise also kein Problem?**

*Natürlich sind die ein Problem, jedenfalls partiell, für Haushalte mit niedrigen Einkommen. Aber die Strompreise sind nicht ursächlich für die zunehmende Armut in Deutschland. Armutsbekämpfung ist und bleibt eine Aufgabe der Sozialpolitik, nicht der Energiepolitik. Trotzdem müssen wir alle, die wir die Energiewende voranbringen wollen, wissen, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung ein*

*ebenso sensibles wie fragiles Gut ist. Dieses Gut müssen wir jeden Tag pflegen, denn ohne Akzeptanz ist die Energiewende schnell am Ende.*

### **Kann man der bröckelnden Akzeptanz vorbeugen?**

*Das muss man versuchen! Schon weil manche die Erosion betreiben. Wir müssen zum Beispiel aufpassen, dass Chancen und Risiken der Energiewende gerecht verteilt werden. Es kann nicht sein, dass die privaten Stromverbraucher und kleine Unternehmen die hohe EEG-Umlage mit ihrer Stromrechnung allein bezahlen während immer größere Teile der Industrie sich davonstehlen. Die Behauptung, die energieintensive Industrie sei durch hohe Strompreise bedroht, ist bis heute ein Märchen. Da genügt ein Blick auf die Entwicklung der Börsenpreise für Strom – und auf die deutsche Außenhandelsbilanz.*

### **Wenn die Lastenteilung im Gleichgewicht ist, ist auch die Akzeptanz im Lot?**

*Nein, es gibt genug andere Probleme, auch wichtigere: Die Akzeptanz ist bedroht, wenn wir trotz des rasanten Zubaus von Wind- und Solarkraftwerken immer mehr Strom aus schmutziger Kohle produzieren und die Treibhausgas-Emissionen steigen statt zu sinken. Das ist absurd, so war die Energiewende nicht gemeint. Wenn der europäische Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten nicht in Richtung klimaschonende Technologien lenkt, muss die Bundesregierung gegen-*

*steuern und notfalls auch über nationales Ordnungsrecht die schlimmsten Dreckschläudern aus dem Markt drängen. Die Akzeptanz ist auch und zu Recht bedroht, wenn Umwelt- und Naturschutz aus dem Gleichgewicht geraten.*

### **Was heißt das konkret?**

*Die Energiewende dient dazu, Großrisiken wie Atomkatastrophen und Erderwärmung abzuwenden. Gleichzeitig belasten Windräder, Pumpspeicherkraftwerke oder der Ausbau von Energie-Biomasse die Natur. Da gibt es unausweichlich Konflikte. Die DUH kämpft auf vielen Feldern für ihre Minimierung. Der Um- und Ausbau der Stromtrassen muss nicht nur Rücksicht nehmen auf das Wohnumfeld der betroffenen Anwohner, sondern auch so naturverträglich erfolgen wie möglich. Das gilt auch für den Aufbau von Windparks in Nord- und Ostsee. Schweinswale und andere sensible Meeresbewohner dürfen nicht dauerhaft schaden leiden. Gemeinsam mit anderen Naturschutzverbänden, aber auch der Industrie und der Politik kämpft die DUH für ein tragfähiges Schallschutz-Konzept.*

### **Wohin man schaut: Probleme, Probleme, Probleme...**

*Ja! Aber auch Chancen, Chancen, Chancen ... am Ende wird die Energiewende ökonomisch und ökologisch ein Erfolg oder sie wird scheitern.*

# Warum Gesetze nicht reichen

Erfolge für eine umwelt- und klimafreundliche Verkehrspolitik zählen im Land der Autokonzerne doppelt. Die DUH freut sich daher besonders, 2013 zwei Grundsatzentscheidungen beim Europäischen Gerichtshof für die Umwelt, das Klima, die Natur und somit auch für die Menschen erreicht zu haben



■ In keinem anderen Land Europas sitzen politisch derart einflussreiche Autohersteller wie in Deutschland. Mit Sorge beobachtet die DUH, dass die Konzerne systematisch eine umweltfreundliche und CO<sub>2</sub>-arme Verkehrspolitik verhindern. Die Konzerne hebeln im Schulterschluss mit der Bundesregierung die in der EU geltenden Gesetze und Grenzwerte für den Umwelt- und Klimaschutz aus, haben Recherchen der DUH ergeben. Die DUH nutzt daher ihre juristischen Möglichkeiten, um dem Umwelt- und Verbraucherschutz zu seinem Recht zu verhelfen.

## DUH deckt Durchmarsch der Autoindustrie auf

Einen langen Atem brauchte die DUH im Streit mit dem Bundeswirtschaftsministerium um die Akten einzusehen, die den Werdegang der Verordnung für die Energieverbrauchskennzeichnung aus dem Jahr 2010 aufzeigen. Die DUH hatte damals schon vermutet, dass die Autoindustrie dabei kräftig mitgemischt hat und der Regierung die Feder für CO<sub>2</sub>-Emissionen und Spritverbrauch geführt hat. Um es vorweg zu sagen: Der Verdacht stimmt. Und

schlimmer noch: Die Akten belegen, dass die Autoindustrie die Verordnung sogar initiiert und die erste Fassung maßgeblich selbst verfasst hat und unverfroren auch die Ressortabstimmung mit den Ministerien für Wirtschaft, Umwelt und Verkehr durchgeführt hat.

Als Umwelt- und Verbraucherschutzverband hat die DUH das Recht nach dem Umweltinformationsgesetz zur Einsichtnahme der Akten. Doch erst nach einer dreijährigen gerichtlichen Auseinandersetzung entschied der Europäische Gerichtshof für die DUH. Der entschied, dass Deutschland das Umweltinformationsgesetz EU-rechtswidrig umgesetzt hat und zu Unrecht der DUH die Akteneinsicht verweigerte. Das Bundeswirtschaftsministerium wurde zur Herausgabe der Unterlagen verurteilt.

Dieses Urteil geht weit über den entschiedenen Einzelfall hinaus, da viele Umweltgesetze auf Rechtsverordnungen wie dieser beruhen. Die DUH wird nun auf der Basis dieser Entscheidung die Einsicht in die Akten weiterer Rechtsverordnungen durchsetzen und die auch dort zu erwartende enge Kumpanei zwischen Industriekonzerne und der Bundesregierung aufdecken.

## Deutsche Autoindustrie täuscht Verbraucher

Die Akten aus dem BMWi belegen, dass die Autokonzerne die politischen Verhandlungen um den Spritverbrauch und die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte beherrschen. Die Konzerne VW und Daimler haben

mit dem Automobilverband VDA die Verordnung zur Energieverbrauchskennzeichnung so formuliert, dass schwere und spritdurstige Autos mit mehr als zehn Litern Verbrauch pro 100 km in eine bessere Effizienzklasse kommen können als Mittelklassewagen mit weniger als fünf Litern Verbrauch. Die von der deutschen Autoindustrie durchgesetzte Systematik verstößt zudem gegen EU-Wettbewerbsrecht, da sie sich an einem möglichst guten Abschneiden deutscher Fahrzeuge orientiert.

### Deutschland verabschiedet sich vom Klimaschutz im Verkehrsbereich

Dabei reicht der Arm der Konzerne bis ins Kanzleramt. Das stellt die DUH vor große Herausforderungen, denn selbst mühsam erarbeitete Kompromisse auf europäischer Ebene werden zerstört. Jahrelang haben europäische Umweltschutzverbände mit den ihnen zustehenden Beteiligungsverfahren in Brüssel und in ihren Heimatländern auf verbesserte Klimaschutzvorgaben für Autos hingewirkt. Über die konkrete Ausgestaltung der EU-Flottengrenzwerte für 2020 wurde im Sommer 2013 erstmals in der Geschichte der EU ein gefundener Trilog-Kompromiss wieder gekündigt – durch Autokanzlerin Angela Merkel und auf Initiative der deutschen Autokonzerne.

Eine derartige Missachtung von demokratischen Rechten und die Ignoranz im Klima- und Umweltschutz zeigen umso deutlicher, wie wichtig die Beteiligungsrechte für Umweltschutzverbände für die Zivilgesellschaft sind. Gemeinsam mit anderen europäischen Umweltverbänden versuchen wir ein Gegengewicht zu den übermächtigen Wirtschaftsinteressen beim Umwelt- und Verbraucherschutz in Europa aufzubauen.

### Zeitenwende im Umweltrecht

Da Regierung und Industrie den Umweltschutz im Verkehrssektor blockieren, nutzt die DUH Recht und Gesetz. Eine Zeitenwende im Umweltrecht hat



eine Klage der DUH gegen das Land Hessen wegen der schlechten Luftqualität in Darmstadt ausgelöst. Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig hat in letzter Instanz nicht nur das Land Hessen verurteilt, den Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Rhein-Main samt Darmstadt zu erweitern und faktisch eine Umweltzone zuzulassen. Dort übersteigen die Mengen an gesundheitsschädlichem Stickstoffdioxid  $\text{NO}_2$  regelmäßig die EU-Grenzwerte.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist gleichzeitig ein Grundsatzurteil: Umweltverbände können in Zukunft gegen Verwaltungen vorgehen, wenn diese gegen europäisches Umweltrecht verstoßen. Bislang durften

Umweltverbände nur gegen Planungen oder Projekte vor Gericht ziehen, bei denen eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgeschrieben ist. Die DUH kann die Einhaltung aller mit EU-Umweltrecht zusammenhängenden Regelungen gerichtlich überprüfen lassen, wenn sie der Meinung ist, dass der Bund, die Länder oder Landkreise und Kommunen gegen EU-Umweltrecht verstoßen.

Deutschland setzt EU-Umweltrecht leider nicht korrekt um und zeigt vor allem ein Herz für die Industriekonzerne, nicht aber für die von belastetem Wasser, Lebensmitteln oder Luft betroffenen Bürger. Deutschland kontrolliert auch die Einhaltung der Vorschriften

## Blauer Engel für Austauschkatalysatoren

Einen Erfolg im Einsatz für saubere Luft hat die DUH mit dem Blauen Engel für Austauschkatalysatoren erreicht. Langlebige Austauschkatalysatoren mit der erforderlichen Edelmetallbeschichtung erhalten den Blauen Engel. Denn nur wenn die Katalysatoren ausreichend mit Edelmetallen beschichtet sind, werden sie ihrem Namen gerecht und reinigen auch die Abgase. Die DUH hatte den Blauen Engel initiiert und dem zuständigen Prüfgremium für die Vergabe des Umweltzeichens auch empfohlen, die Alterungsprozesse und die mechanische Stabilität der Austauschkatalysatoren als Kriterien mit aufzunehmen. Nach Recherchen der DUH kursieren auf dem Markt massenweise billige Austauschkatalysatoren, die nach kurzer Zeit die Reinigungsleistung einer Konservendose haben. Der Blaue Engel gibt dem Autofahrer nun die Gewissheit, einen wirksamen Katalysator für sein Geld zu bekommen.

kaum und ahndet Verstöße kaum mit Geldbußen. Der staatlich unterlassene Umweltschutz hat weitreichende Folgen für Klima und Gesundheit. Die vor allem von Dieselmotoren in großen Mengen emittierten Stickstoffdioxide reizen die Bronchien, die Lunge, Nase und Augen und schädigen unmittelbar die Atemwegsorgane. Wissenschaftler beobachten außerdem, dass hohe  $\text{NO}_2$ -Konzentrationen Herz-Kreislauf-Erkrankungen auslösen. Stickstoffdioxid trägt zur Bildung von bodennahem Ozon und sekundärem Feinstaub bei und verstärkt die gesundheits- und klimaschädigenden Auswirkungen der Stoffe. Außerdem ist Stickstoffdioxid schlecht für die Natur:  $\text{NO}_2$  versauert die Böden und wirkt in der Erde wie Dünger. Beides schädigt Pflanzen, Pilze und Mikroorganismen im Erdreich und mindert damit die biologische Vielfalt.

### „Saubere Busse für saubere Städte“

Hauptverursacher für  $\text{NO}_2$  sind neben Kraftwerken Autos, Baumaschinen, Transporter, Busse und Lastwagen –

insbesondere wenn sie mit Diesel fahren. Wegen der Gesundheitsgefahr hat die EU Grenzwerte für die Konzentration von  $\text{NO}_2$  in der Umgebungsluft erlassen: Der Jahresmittelwert darf nicht über  $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$  und die Spitzenwerte höchstens 18-mal im Jahr über  $200 \mu\text{g}/\text{m}^3$  steigen.

Städte und Kommunen müssen mit Luftreinhalteplänen und Umweltzonen dafür sorgen, dass die Grenzwerte eingehalten und die Bürger vor dem gesundheitsschädlichen  $\text{NO}_2$  geschützt werden. Bislang überschreiten die  $\text{NO}_2$ -Werte an zwei Drittel der Messstationen in Deutschland beide Grenzwerte. Doch in den meisten Städten fahren weiter schmutzige, nur teilweise mit Filtern ausgestattete Busse.

Die für die Luftreinhaltung verantwortlichen Länder und Städte müssen kurzfristig konkrete Maßnahmen für eine Verringerung der  $\text{NO}_2$ -Werte unternehmen. Dies fordert die EU-Kommission, die keine weiteren Verzögerungen mehr akzeptiert. Die DUH steht mit allen betroffenen Kommunen in Kontakt und wird ihre Klagen zur Einrichtung bzw. Verschärfung der Luftreinhalte-

pläne ausweiten, wenn nicht kurzfristig Maßnahmen wie z. B. das Verbot ungefilterter, alter Baumaschinen und die Nachrüstung bzw. Ertüchtigung von  $\text{NO}_2$ -Filtern bei den Bussen erfolgen.

### Blaue Plakette für abgasarme Autos

Aus der jahrelangen Erfahrung im Einsatz für bessere Luft und weniger Feinstaubemissionen wissen die Verkehrsexperten der DUH: Nur mit strenger Kontrolle der Fahrzeuge und Überwachung der Luftqualität wird Deutschland dafür sorgen, die Grenzwerte nicht zu überschreiten. Die DUH setzt sich daher für eine Blaue Plakette für schadstoffarme Fahrzeuge ein. Die Blaue Plakette sollen alle Fahrzeuge erhalten, die die Partikel- und  $\text{NO}_2$ -Grenzwerte der Abgasnorm Euro 6 einhalten.

### Die natürliche Alternative: $\text{CO}_2$ als Kältemittel in Klimaanlage

Die Klimabelastung deutlich verringern können Klimaanlage mit dem natürlichen Kältemittel  $\text{CO}_2$ . Noch fahren die

## «Wir schöpfen alle juristischen Mittel aus, um Raubtierlobbyismus aufzudecken»



Die Einflussnahme der Autoindustrie auf die Politik verhindert Innovationen und behindert damit Klimaschutz und die Zulieferer, sagt Dorothee Saar. Sie leitet den Bereich Verkehr & Luftreinhaltung

### Frau Saar, Bundeskanzlerin Merkel hat die $\text{CO}_2$ -Grenzwert-Verhandlungen in der EU gestoppt. Welche Folgen hat das für die Umwelt?

*Das betrifft bei weitem nicht nur die Umwelt. Länger als erforderlich bleibt der  $\text{CO}_2$ -Ausstoß hoch, das bedeutet auch einen unnötig hohen Spritverbrauch und weiterhin hohe Kosten für den Verbraucher.*

### Gewinnen die Unternehmen dadurch?

*Diese Bundesregierung will die Elektromobilität auf den Weg bringen und das beste Instrument dafür wären klare Vorgaben für die Verbrauchsminderung und die Effizienzsteigerung. Die Zulieferer sind überhaupt nicht mit der Verzögerung einverstanden, denn sie haben gute Ideen und die Sachen in der Tasche – die wollen sie auch mal verkaufen. Die Branche würde von klaren Grenzwerten profitieren und fordert eine verbindliche Regelung ab 2020. Sie hat von Beginn*

meisten Autos und Busse mit dem Kältemittel R 134a, das extrem klimaschädlich ist und deswegen seit 2011 in neuen Fahrzeugtypen in der EU verboten ist. Dennoch setzen die Autohersteller die Chemikalie weiter ein und sparen so jedes Jahr viele hundert Millionen Euro. Mit einer raffinierten Taktik hatten sie sich vordergründig für ein neues chemisches Kältemittel R 1234yf entschieden. Doch das ist brandgefährlich, wie die DUH schon 2008 nachgewiesen hat: R 1234yf entzündet sich schnell und entwickelt im Brandfall die tödlich-ätzende Flusssäure. 2012 wiederholte der Autokonzern Daimler die Brandversuche der DUH und verabschiedete sich von R 1234yf.

Doch während die Pkw-Industrie vor allem um Geld zu sparen erst ab 2017 CO<sub>2</sub>-Kälteanlagen verbauen will, sind diese für Busse und Kühl-Lkw bereits verfügbar. Die DUH hat daher begonnen, Bus- und Verkehrsunternehmen für die nachhaltige Kühlung mit CO<sub>2</sub> zu gewinnen. Denn allein die Busflotte in Deutschland emittiert pro Jahr 100 Tonnen Kältemittel R134a mit einem Treibhauspotential von 140.000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten. Das entspricht



den CO<sub>2</sub>-Abgasemissionen von 90.000 sparsamen Kleinwagen.

Mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt engagiert sich die DUH mit der Kampagne „Nachhaltige Klimatisierung von Bussen“ für das natürliche Kältemittel CO<sub>2</sub>. Eine umfangreiche Expertise zu dem heißen Thema Kältemittel hat die DUH schon in den vergangenen Jahren aufgebaut und in der von der EU geförderten Kampagne „Pro Klima“ zusammen mit dem Verkehrsclub Deutschland umgesetzt. Die Autoindustrie verzögert hingegen bei

Pkw weiterhin den Einsatz eines klimafreundlichen Kältemittels. So boykottiert nahezu die gesamte Automobilindustrie die Vorschrift, bei Neuwagen ein klimaverträglicheres Kältemittel als das illegal weiterbenutzte R134a zu verwenden.

Die DUH fordert daher Kompensationszahlungen, die den finanziellen Vorteil durch die Verwendung des verbotenen Kältemittels mehr als ausgleicht und so ökonomische Anreize für eine schnelle und ehrliche Einführung des natürlichen Kältemittels CO<sub>2</sub> bringt.

*an klar gemacht, dass 95g/km bis 2020 mit vorhandener Technik zu machen ist.*

#### **Ist das Verhalten der Bundesregierung im Klimaschutz dreist oder dumm?**

*Es ist dreist wie die Regierung vorgegangen ist und dumm, weil das Potential ignoriert wird, das nicht nur die deutschen Hersteller in der Effizienztechnologie haben. Am Ende muss sich dann niemand wundern, dass Deutschland von Anbietern von anderen Kontinenten überholt wird.*

#### **Nachdem Sie die Akten aus dem Bundeswirtschaftsministerium gelesen haben: Überrascht Sie die Einflussnahme der Autokonzerne auf die Regierung bei der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung?**

*Neu ist, dass die Industrie die Hüllen fallen lässt und sich gar nicht mehr bemüht die Einflussnahme auf die Regierung*

*zu verschleiern. Wir müssen davon ausgehen, dass tatsächlich die VDA-Vorschläge zur Verordnung wurden. Weder das Ministerium noch die Autoindustrie scheinen ein Gespür dafür zu haben, wie sich Regierung und Interessenvertreter einer Branche in einem demokratischen Rechtsstaat verhalten sollten.*

#### **Was bedeutet das für die DUH?**

*Für uns wird es schwieriger, unsere Argumente wirksam einzubringen, wenn eine Sache, bevor sie zur öffentlichen Diskussion vorgelegt wird, hinter den Kulissen schon entschieden wurde. Wir haben bei weitem nicht die personellen und finanziellen Mittel, die der Gegenseite zur Verfügung stehen. Wir haben aber auch ein anderes Verständnis davon, wie Entscheidungen zustande kommen sollten – nämlich in einem demokratischen Prozess. Wir müssen alle juristischen Mittel ausschöpfen, um solche Lobbyarbeit aufzudecken.*

# Für das Leben im Meer

Die DUH kämpft für den Naturschutz in der Reform der EU-Fischereipolitik und diskutiert mit den Fischern an Nord- und Ostsee über die Anwendung neuer Fangmethoden, Quoten und Gesetze. Für den Schweinswal streitet die DUH für einen besseren Schallschutz beim Bau der Windanlagen im Meer



■ Die Naturschutzexperten der Deutschen Umwelthilfe kennen sich in der Politik ebenso aus wie im Auwald oder auf dem Meer. Um im Dickicht der Ministerien einen zukunftsfähigen Naturschutz zu sichern, brauchen sie Geduld und jede Menge Kontakte. Im richtigen Moment müssen sie die Argumente für den Schutz der biologischen Vielfalt in die Debatte bringen – und natürlich möglichst überzeugen. Gespür gehört dazu, im passenden Augenblick Kompromisse zu schließen oder nun erst recht zu kämpfen.

## Weniger Fische, mehr Reform

Einen Meilenstein haben die DUH-Meeresschützer mit der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik in der EU erreicht. Eigentlich wollte die EU-Kommission diese schon 2012 verabschieden, aber die Interessen von Industrie, Fischern, Naturschützern und Mitgliedsländern waren nicht so schnell zusammen zu bringen, wie sich Meeresschützer das gewünscht hatten. Mit hartnäckiger Überzeugungsarbeit hat die DUH zusammen mit der europaweiten OCEAN2012-Allianz, die sie in Deutschland koordiniert, sowie weiteren Umweltschutzverbänden dazu beigetragen, dass schließlich ein Kurswechsel weg von der bisherigen Überfischungspraxis der EU eingeleitet wurde.

Wichtigstes Element der Reform ist das Ziel, die Fischbestände wiederaufzubauen und nachhaltig zu bewirtschaften.



ten. Die Befischungsrate wird daher vorübergehend gekürzt. Wenn wieder mehr Fische in den Meeren leben und sich die Bestände in einigen Jahren erholt haben, dient das nicht nur dem ökologischen Gleichgewicht in den Meeren. Mehr Fische bedeuten auch höhere und verlässlichere Fangquoten für die Fischer, mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen für die Branche.

Eine neue Fischereipolitik ist dringend nötig: 39 Prozent der Fischbestände im Atlantik gelten wissenschaftlich nachweisbar als überfischt. Im Mittelmeer sind fast 90 Prozent überfischt. Die Meeresumwelt ist in Gefahr, ebenso wie die Zukunftsfähigkeit der Küstenregionen, die von der Fischerei abhängig sind.

Die DUH hat auch für ein Rückwurfverbot gekämpft. Bislang entsorgen die Fischereiboote die unerwünschten Fänge auf See. Im Sinne des Artenschutzes im Meer haben die DUH-Meereschützer sich auch für die Regionalisierung der Fischereipolitik eingesetzt. Aber nach der Reform bedeutet vor der Durchsetzung. Die jetzige EU-Fischereipolitik bietet Umweltverbänden eine deutlich bessere Grundlage für ihre weitere Arbeit. Sie wollen nun mit dafür sorgen, dass die neuen Vorschriften im Sinne einer natur- und bestandsschonenden Fischerei vollzogen werden.

Die DUH und andere europäische Naturschutzverbände werden daher drängen, dass die guten Ansätze der Reform ins Fischereimanagement der EU umgesetzt und Managementpläne für die Fischbestände erarbeitet werden und den Druck in den kommenden Jahren aufrechterhalten. Einen schönen Erfolg hat die DUH zusammen mit anderen Umweltverbänden im Oktober erreicht. Mit einer breiten Kampagne haben wir das EU-Parlament überzeugt, keine Subventionen für den Neubau von Fischereifahrzeugen zu gewähren.

Erfolge motivieren. Die DUH setzt sich daher dafür ein, dass der künftige Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) für eine ökologisch nachhaltige/naturschonende Fischerei eingesetzt



wird. Die Milliarden in diesem neuen EU-Topf müssen aus Sicht der DUH und der OCEAN2012-Allianz dazu beitragen, die Überfischung in Europa zu beenden und die Fischbestände wiederherzustellen. Dafür sollen verstärkt Daten über die Fischbestände erhoben und die Fischereiaktivitäten besser kontrolliert werden.

### Die mit den Fischern reden

Nur wenn alle an einem Strang ziehen, wird die Fischereireform wirken. Meeresschutz funktioniert dann, wenn alle Interessenvertreter einbezogen werden. Die DUH hat daher Fischereidialoge an der Nord- und Ostseeküste durchgeführt und mit Berufsfischern nach Lösungen für eine naturschonende Fischerei gesucht.

Auf Grundlage unserer Studie „Lebendige Ostsee“ haben wir 2013 mehrere Fachveranstaltungen an der Küste und in Berlin durchgeführt. Dabei haben Natur- und Meeresschützer, Wissenschaftler, Politiker und Fischer die Ideen für selektive und naturschonende Fangmethoden in der Ostsee diskutiert und den bestehenden Forschungs- und Förderbedarf ermittelt.

Eine zweite DUH-Studie über vorbildliche Fangmethoden zum Schutz von Meerestieren und Meeresboden in der Nordsee ist in Arbeit. Darin werden wir uns insbesondere mit dem Schutz von Sandbänken, Riffen und der Artenvielfalt am Meeresboden beschäftigen.

### Viel Lärm um Windanlagen

Für Meerestiere ist der Bau von Windparks auf See eine Tragödie. Die Pfähle der Windenergieanlagen werden mit Tausenden Schlägen in den Meeresboden gerammt. Dabei entsteht Unterwasserschall, der sich vielfältig negativ auf die Fische, am Boden lebende Tiere und die Meeressäuger auswirkt. Insbesondere der streng geschützte Schweinswal leidet unter dem Schall. Die Tiere werden gestört und aus ihrem Habitat vertrieben, ihre Hörorgane werden geschädigt, die Zellwände verletzt oder die Tiere sterben an den Folgen des ungeheuren Schallpegels. Auch in der Bauphase 2013 haben die Rammarbeiten in deutschen Gewässern den gültigen Lärmschutzwert häufig überschritten.

Die DUH arbeitet im Spannungsfeld zwischen Klima- und Naturschutz und ist bestrebt, den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien mit den Anforderungen des Naturschutzes in Einklang zu bringen. Dazu fördert sie den konstruktiven Dialog zwischen den Akteuren aus Windindustrie, Wissenschaft, Technik, Behörden, Politik sowie Umwelt- und Naturschutzverbänden. Auf Kaminabenden in unserem Berliner Büro diskutieren wir mit allen Akteuren kritisch die komplexen Probleme eines naturverträglichen Ausbaus der Offshore-Windenergie.

Denn strittige Themen gibt es genug, auch wenn das lange angekündigte

„Schallschutzkonzept“ des Bundesumweltministers Anfang Dezember veröffentlicht wurde. Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden hatte die DUH dazu kritisch Stellung genommen. In seiner überarbeiteten Fassung stellt das Konzept zwar einen akzeptablen Kompromiss dar, doch drängt die DUH darauf, dass es weiterentwickelt wird und zukünftige Erfahrungen und Forschungsergebnisse berücksichtigt werden.

Für den Bau der Windenergieanlagen stehen Schallschutztechniken zur Verfügung, wie Blasenschleier oder Schallschutzmäntel. Alternativ können die Fundamente für die Windenergieanlagen

in den Meeresboden gebohrt oder als Schwergewicht auf den Boden gesetzt werden. Die Techniken sind unterschiedlich weit entwickelt und müssen z.T. ihre Wirtschaftlichkeit beweisen.

Die DUH drängt daher auf scharfe Grenzwerte für den Schallschutz, denn klare gesetzliche Vorgaben beflügeln die Leistungen der Unternehmen, mit ihrer Technik die Grenzwerte auch einzuhalten, und schaffen damit wiederum international Wettbewerbsvorteile. Angesichts der großen Zahl an geplanten Offshore-Windparks ist eine zeitliche und räumliche Koordinierung der Bauaktivitäten auf dem Meer dringend erforderlich.

Die DUH wird sich weiter dafür stark machen, dass die Wirkungen von vielen tausend Rammschlägen auf die Meerestiere untersucht und Schutzkonzepte entwickelt und umgesetzt werden. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Überlagerung mit bisher kaum berücksichtigten anderen Nutzungen und Gefährdungen, wie Fischerei, Ölförderung und Schiffsverkehr erforscht werden. Nur mit kreativen technischen Lösungen und einer aktiven Naturschutzpolitik wird der naturverträgliche Ausbau der Windenergie auf See gelingen.

## Lebendige Flüsse, wilde Städte: Die DUH fördert Natur und Wildnis

Jahrhundertfluten kommen inzwischen alle paar Jahre. Nur noch rund ein Drittel der ehemaligen Überschwemmungsflächen von Flüssen können bei großen Hochwasserereignissen überflutet werden. Wenn es viel regnet, hat das Wasser in der Fläche keinen Platz und strömt in einem engen Korsett aus Deichen in den begründigten Flüssen. Oben hindern höhere Deiche den Wasserrückhalt, unten steigen die Pegelstände.

„Gebt den Flüssen Raum zurück“ lautet das Credo von Bundes- und Landesregierungen in den Sonntagsreden und Koalitionsverträgen. Doch ist das Wasser erst mal abgelaufen, passiert auch nach den großen Fluten kaum etwas. Die DUH will das ändern.

Denn wir wissen, wie es gehen kann: In einem Forschungsprojekt hat die DUH gemeinsam mit Partnern aus der Wissenschaft gute Beispiele für Auen-

schutz und ökologischen Hochwasserschutz aus ganz Mitteleuropa gesammelt und die Erfolgsfaktoren analysiert. Auch in Deutschland gibt es in allen Bundesländern ermutigende Beispiele von ökologischem Hochwasserschutz und die Reaktivierung von Auen.

Die DUH setzt sich deshalb auch nach der Flut an Elbe und Donau dafür ein, dass den Flüssen mehr Platz gegeben wird, indem Überflutungsflächen und Auen entstehen. Wir haben bereits Gespräche über ein Bundesprogramm ökologischer Hochwasserschutz geführt und werden auch 2014 dafür kämpfen.

### Wir bauen Ottern eine Brücke

Wir wollen wahrhaft „Lebendige Flüsse“. Deshalb setzen wir uns für den scheuen Fischotter ein, der in weiten Gegenden Deutschlands als ausgestorben galt. Auch in Thüringen wurde er viele Jahre nicht gesehen. In den vergangenen Jahren wanderten jedoch Fischotter von Norden und Osten entlang der Flüsse und Bäche wieder nach Thüringen. Das ist ein klarer Erfolg für



die Naturschützer, die sich für den Gewässerschutz eingesetzt haben. Denn Fischotter leben nur in sehr sauberem Wasser.

Doch auch in klarem Wasser droht dem Fischotter eine Gefahr. Er scheut sich, unter Brücken hindurch zu schwimmen und unterquert sie vorzugsweise zu Fuß. Warum das so ist, weiß man nicht genau. Ohne Wanderweg unter der Brücke weicht der Fischotter auf die oberhalb des Flusses liegende Straße aus. Fischotter werden auf ihrem Fußmarsch deshalb oft überfahren.

Die DUH will das ändern. Wir bauen bis Ende nächsten Jahres bis zu 20 besonders gefährliche Brücken so um, dass Fischotter und auch andere Tiere wie der Biber, gefahrlos auf die andere Seite kommen. Zuvor haben wir Fuß- und Fraßspuren von Fischottern an diesen Stellen gefunden. Wie bei Berga im thüringischen Landkreis Greiz. Auf etwa zehn Meter Länge haben wir unter einer Brücke einen mit Wasserbausteinen befestigten Uferstreifen angelegt. Diese so genannten Bermen sind Wanderwege für den Fischotter, die auf einer Seite zirka 30, auf der anderen Seite etwa 60 Zentimeter hoch sind. Das Projekt wird mit EU- und Landesmitteln gefördert.

## Wilde Städte

Doch Natur wächst auch auf Brachen, an Straßenrändern, in Parks, alten Fabrikanlagen oder Kleingärten in der Stadt und wenn der Mensch es zulässt, verwildern die Flächen. Sie werden in der zersiedelten Landschaft zu Grünbrücken für Pflanzen und Tiere und verbinden Lebensräume miteinander. Ein renaturierter Fluss ist für viele Arten dann mehr eine Brücke als die Brücke selbst.

Inspiriert von der Wildnisbewegung in der amerikanischen Naturschutzszene, hat die DUH daher das Projekt „Wildnis in der Stadt“ ins Leben gerufen. Auf dem 10. Welt-Wildnis-Kongress (WILD10) im spanischen Salamanca haben die DUH-Naturschützer die Er-



gebnisse von zwei DUH-Workshops zu „wilden Städten“ vorgestellt. 800 Naturschützer aus 50 Ländern von fünf Kontinenten haben sich auf dem Kongress über die Wildnis und Möglichkeiten der Entwicklung ausgetauscht. Von WILD9 vier Jahre zuvor hatte DUH-Naturschutz-Leiter Ulrich Stöcker die Idee für die „Wilden Städte“ mitgebracht und gemeinsam mit der Abteilung Kommunaler Umweltschutz umgesetzt.

Die Verwilderung der Städte von Chicago bis Johannesburg, von Sydney bis nach San Francisco ist ein ganz wild diskutiertes Thema. Die kommunalen Naturschutzbeauftragten aus den Städten, Wissenschaftler, Naturschutzorganisationen und Unternehmen aus allen Kontinenten waren begeistert von den Erfahrungen aus Berlin, Leipzig oder Arnberg, die die DUH präsentierte. Die US-amerikanische WILD Foundation will nun ein globales Netzwerk von „Wild Cities“ schaffen. Die Teilnehmer von WILD10 forderten „mehr Mut zu wilder Natur“ und beschlossen die Entwicklung von Best-Practice-Leitlinien zu mehr Naturschutz und Bürgerbeteiligung in Städten.

Die DUH-Naturschützer sind überzeugt, dass im urbanen Jahrtausend mit einer wachsenden Weltbevölkerung in den Städten, deren Entwicklung mit der Natur zusammen gedacht und gebracht werden muss. Sie setzen sich dafür ein, dass die Bedeutung grüner Infrastruktur für die Stadtmenschen

und die biologische Vielfalt anerkannt wird. Ganz eigene Lebensräume in Städten und in Stadtnähe mit artenreicher Tier- und Pflanzenwelt und Ökosystemleistungen tragen erheblich zur Lebensqualität in verdichteten Räumen bei. Doch der dauerhafte Schutz der unterschiedlichen Ökosysteme – auch außerhalb der Städte – hängt existenziell ab von einer starken öffentlichen Wertschätzung vor allem der Bevölkerungsmehrheit in den Städten.

Umweltkommunikation und Bildung für nachhaltige Entwicklung stehen daher im Zentrum unserer urbanen Naturschutzstrategien. In den DUH-Studien zeigen wir Möglichkeiten zur größeren Verbreitung des „Wildnisgedankens“ in Städten. Außerdem haben wir die notwendigen Maßnahmen für die Entwicklung und das Management von Flächen aufbereitet. Unser Fazit nach vier Jahren „Wildnis“ in der Stadt: Die Natur gedeiht am besten, wenn die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden.

Wir danken für die Unterstützung: Im Meeresschutz: Pew Environmental Trust, Bundesamt für Naturschutz (BfN), Hochtief-Herrenknecht; „Lebendige Flüsse“: C&A Foundation, Kyocera; Fischotter Projekt: Land Thüringen; Wilde Städte: BfN; Heinz Sielmann Stiftung; GARPA.

# Mit Natur leben Städte auf

Parks und Stadtwälder sind wichtige natürliche Ressourcen. Die Natur in der Stadt verbessert die Luft und das soziale Klima, macht Spaß und lädt die Menschen zum Draußen sein ein. Die DUH unterstützt Kommunen dabei, die urbanen Lebensräume natürlich zu gestalten und Menschen aller sozialen Schichten einen Zugang in die Natur zu eröffnen



■ Kinder lieben und brauchen Natur. In Städten sind naturnahe Freiräume jedoch selten. Und noch immer bestimmt der soziale Status die Wohnqualität: Grün wohnt, wer es sich leisten kann. Die DUH setzt sich seit vielen Jahren für die Umweltgerechtigkeit ein und begleitet Umweltprojekte in sozialen Brennpunkten und Stadtvierteln, in denen Menschen mit niedrigen Einkommen leben. Für die DUH bedeutet Umweltgerechtigkeit auch einen Beitrag zur nachhaltigen Bildung, zum Naturschutz und zur Generationenvorsorge.

Wenn Kinder mit allen Sinnen die Natur erleben, entwickeln sie die geistigen, mentalen und körperlichen Fähigkeiten, die sie für ein gutes Leben brauchen. Betonlandschaften locken aber niemanden zum Spielen nach draußen. Dabei belegen Untersuchungen eindeutig, dass ein Mangel an Naturräumen sich negativ auf die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern auswirkt. Forscher warnen daher vor einer Naturdefizitstörung und diskutieren dies auch als Ursache für die sogenannte Aufmerksamkeitsstörung unter Kindern.

## Umweltgerechtigkeit durch Bürgerbeteiligung

In Großstädten müssen Menschen für die Natur erst mal Platz schaffen. Dafür nutzen sie auch Brachen, die nur für eine begrenzte Zeit zur Verfügung stehen. Zu solch einem temporären Grünprojekt zählt der „Familienurwald Glogauer“ in Berlin Kreuzberg. Auf der Fläche einer ehemals als Sportplatz genutzten Stadtbrache haben die Anwohner einen Nachbarschaftsgarten

angelegt. Irgendwann in den nächsten Jahren soll hier eine Kita gebaut werden, doch in der Zwischenzeit machen sie aus dem kahlen Kunstrasen eine grüne Oase. Die Menschen im Viertel sind hoch motiviert die Fläche lebendig zu gestalten und natürlich das Beste daraus zu machen.

Der Gemeinschaftsgarten Glogauer ist eines von fünf Modellprojekten, die die DUH in ihrem Projekt „Umweltgerechtigkeit durch Partizipation“ unterstützt. Mit Experten aus den Bereichen Stadtentwicklung und Gesundheit hat die DUH in allen fünf Modellprojekten einen Workshop zu den Chancen und Schwierigkeiten der Bürgerbeteiligung durchgeführt. Die Erfahrungen werden gesammelt, ausgewertet und in eine Handlungsanleitung einfließen, die die Umsetzung anderer Projekte mit Bürgerbeteiligung erleichtern soll. Gefördert wird das Projekt durch das Bundesumweltministerium (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA).

### **Gemeinsam handeln – Strategien für Umweltgerechtigkeit**

Alle Bürger sollten die gleichen Rechte auf ein Leben mit wenigen Umweltbelastungen haben. In der Realität sieht das anders aus. Gerade Geringverdiener leben häufig in Gegenden mit hoher Luftverschmutzung und wenigen Grünflächen. Die DUH engagiert sich seit vielen Jahren für das Thema Umweltgerechtigkeit und hat das zweijährige Projekt „Strategien für Umweltgerechtigkeit“ gestartet. Unser Ziel ist es, mit Akteuren aus Politik und Gesellschaft eine Handlungsanleitung für mehr Lebensqualität in einem gesunden Wohnumfeld zu entwickeln.

Die DUH bringt dabei Experten aus umweltgerechtigkeitsrelevanten Ressorts wie Umwelt, Gesundheit und Soziales zusammen. Mit ihnen beraten wir uns beispielsweise zu Energiearmut, Bürgerbeteiligung und Naturräumen in Städten. Wir stützen uns dabei auf unsere langjährige Erfahrung aus umweltgerechtigkeitsrelevanten Projekten und vertiefen die daraus gewon-



nen Erkenntnisse mit den Fachleuten aus den Städten und Gemeinden. Auch dieses Projekt wird durch BMU und UBA gefördert.

### **Gemüsebeete in der Stadt**

Acht Hühner leben im Stadtgraben von Andernach und das finden die Bürgerinnen und Bürger auch gut so. In der Altstadt ranken Weinreben, in den Grünanlagen wachsen Obstbäume und Grünkohl. Seit 2008 nutzt die „Essbare Stadt Andernach“ kommunale Flächen für Permakultur und hat schließlich 2010 Gemüsebeete in die Innenstadt geholt. Die Vielfalt in den Andernacher Grünanlagen kommt gut an: Die Beete sind Treffpunkte der Anwohner, Gartenbesitzer holen sich Tipps und Inspiration, es wird beobachtet, gefachsimpelt und natürlich auch geerntet und probiert. Zäune gibt es keine, die Beete sind offen für alle.

Das Konzept der Stadt hat bundesweit schon viele Nachahmer gefunden. Die Jury des Wettbewerbs „Lebenswerte Stadt“ hat Andernach ebenfalls überzeugt: Als Gesamtsieger hat Andernach den 1. Preis und 15.000 Euro Preisgeld geholt. Jeweils 3.000 Euro gingen an die anderen Siegerprojekte aus Arnsberg, Bad Hersfeld und Sondershausen sowie den Bezirken Berlin-Pankow und Hamburg-Mitte. Auf dem Fachkongress „Schön, grün und lebendig – Das Potential von Stadtnatur für eine lebenswerte Stadt“ in Leipzig haben die Städte im September 2013 ihre Erfahrungen

vorgelegt. Gefördert wird es durch die Stiftung „Lebendige Stadt“

### **Vielfalt nach Plan**

Viele Kommunen leisten seit langem Vorbildliches in Sachen Naturschutz. Neu ist jedoch, dass Städte und Gemeinden systematisch Visionen für mehr Vielfalt entwickeln. Berlin, Erfurt oder Augsburg haben mittlerweile Strategien erarbeitet, um kommunale Naturschutzaktivitäten künftig systematisch abzustimmen. Solche Biodiversitätsstrategien beschreiben den ökologischen Ist-Zustand, stellen die bisherigen Naturschutzaktivitäten vor, formulieren Ziele und Umsetzungsmöglichkeiten und schaffen somit auch die Grundlage für eine Erfolgskontrolle des kommunalen Naturschutzes.

Das Interesse der Kommunen am Thema Biodiversitätsstrategie nimmt zu und immer mehr Kommunen erarbeiten eigene Strategien. Das Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ hat daher 2013 das Thema aufgegriffen und will die Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Biodiversitätsstrategien unterstützen. Mit dem Bundesamt für Naturschutz und der DUH haben die Kommunen zum Workshop „Vielfalt mit Strategie“ eingeladen. Wir haben eine Broschüre mit Tipps und Praxisbeispielen zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Biodiversitätsstrategien erstellt und über Homepage und einen Newsletter zum Thema informiert. Förderer sind das BMU und das UBA.

# Regional und erneuerbar

Für Städte und Gemeinden zahlt sich die Energiewende aus. Mit Investitionen in Wärme und Strom aus Wind und Sonne unterstützen sie die regionale Wirtschaft und stärken den Klimaschutz. Die DUH begleitet die Kommunen und Stadtwerke auf ihrem Weg



■ Stadtwerke spielen für das Gelingen der Energiewende eine wichtige Rolle. Denn Klimaschutz fängt in der Kommune an. Viele Stadtwerke erzeugen nicht nur Strom und Wärme, sondern haben auch eigene Verteilernetze. Sie sind die erste Adresse, wenn es lokal und regional um die Integration regenerativer Energieträger und einen effizienten Energieeinsatz geht.

Die DUH hebt die Anstrengungen der kommunalen Energieversorger für das

Gelingen der Energiewende hervor, um ihre Bedeutung auch überregional darzustellen und andere Stadtwerke zu motivieren. Daher hat die DUH schon 2012 einen Wettbewerb für kommunale Energieversorger ausgeschrieben und die „Vorreiter der Energiewende“ gesucht.

Die Entscheidung ist den Juroren nicht leicht gefallen. 32 Stadtwerke aus zehn Bundesländern haben sich beworben. Sie legten offen, wie viel Strom und

Wärme sie aus erneuerbaren und konventionellen Energieträgern erzeugen, welche Möglichkeiten zur Netzintegration sie nutzen und wie sie den Bürgern das Energiesparen vermitteln. Auch Beteiligungsmöglichkeiten am Ausbau Erneuerbarer-Energie-Anlagen wurden beleuchtet.

Vier kommunale Energieversorger sind die gleichrangigen Gewinner: Das Stadtwerk Haßfurt, die Stadtwerke Schwäbisch Hall, die ovag aus Friedberg und die badenova aus Freiburg haben im Klimaschutz die Nase vorn. Sie zeigen, dass Investitionen in erneuerbare Energien sie unabhängig machen und zugleich finanzielle Ausschüttungen für den kommunalen Haushalt sichern. Denn Strategien für die Energiewende bescheren den kommunalen Kassen nachhaltig sichere Einnahmen. Die Erfolgsprojekte der Wettbewerbsgewinner und weitere gute Beispiele aus dem Wettbewerb hat die DUH in einer Broschüre zusammengefasst, die unter [www.duh.de/4174.html](http://www.duh.de/4174.html) zum Download bereitsteht. Gefördert wird dieses Projekt von First Solar.

## KlimaStadtWerk: Regional möglichst CO<sub>2</sub>-neutral

Klimaschutz fängt in den Kommunen an. Die DUH unterstützt Stadtwerke bei der Aufstellung und Optimierung einer Klimaschutzstrategie und begleitet sie bei der Umsetzung. In dem Projekt „KlimaStadtWerk – Klimaschutzstrategien für Stadtwerke als Baustein der lokalen CO<sub>2</sub>-Minderung“ arbeitet die DUH mit Experten aus Stadtwerken, Verbänden und Instituten zusammen. Gemeinsam entwickeln wir ei-

nen Leitfaden für vorhandene und zukünftige Klimaschutzmaßnahmen und führen Strategie-Checks in Stadtwerken durch. Interessierte Unternehmen können außerdem an einem Coaching für den Klimaschutz teilnehmen. Um die Öffentlichkeit auf die Erfolge im kommunalen Klimaschutz aufmerksam zu machen, schreibt die DUH einen Wettbewerb für Stadtwerke aus. Dort können sie zeigen, wie sie CO<sub>2</sub> eingespart haben und somit ihre Vorreiterrolle demonstrieren. Und sie können ein Vorbild für andere Stadtwerke sein. Gefördert wird das Projekt vom BMU im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative.

### **Kommunale Energiewende: Gewinn durch Strategie**

Die Kostendebatte dominiert das Ringen um eine erfolgreiche Energiewende. Mit der Studie „Kommunale Investitionen in erneuerbare Energien – Wirkungen und Perspektiven“ hat die DUH mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) einen anderen Blickwinkel eingenommen. Wir wollten vor allem zeigen, wie Kommunen vorgehen, um auch finanziell vom Ausbau der erneuerbaren Energien zu profitieren. Die Frage war also: Welche Wertschöpfung können Städte und Gemeinden mit der Energiewende erzielen und in der Region halten?

Ein zentrales Ergebnis der Studie belegt: Kommunen mit einer klaren Ausbaustrategie können hohe Wertschöpfungseffekte erzielen. Vorausgesetzt ist, dass die Kommunen beispielsweise über kommunale Unternehmen in eigene Energieanlagen investieren und den strategischen Rahmen für die lokale Energiewende vorgeben.

Aber aufgepasst. Die Studie zeigt auch: Kommunale und regionale Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien zu schaffen ist kein Selbstläufer. Bevor eine Kommune in die Energiewende investiert, sollte sie die aktuellen Investitionsbedingungen analysieren. Nur so finden die Kommunen den passenden Investitionszeitpunkt, ohne unter Druck zu geraten. Außerdem wichtig:



Wenn Kommunen den Ausbau erneuerbarer Energiesysteme bei Bürgern und lokalen Unternehmen fördern wollen, dann sollten sie möglichst gezielt fördern und nicht die gleiche Technik, die bereits von anderen staatlichen Ebenen subventioniert wird. Ansonsten entstehen lediglich Mitnahmeeffekte, die die Wertschöpfung der Kommunen nicht steigern.

Die DUH und das IfaS haben die zentralen Ergebnisse der Studie als Handlungsleitfaden veröffentlicht. Die Studie und der Handlungsleitfaden „Strategie: Erneuerbar – Handlungsempfehlungen für Kommunen zur Optimierung der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien“ sind unter [www.duh.de/kom\\_inv\\_ee.html](http://www.duh.de/kom_inv_ee.html) zu finden. Gefördert wird es durch das BMU.

### **Coaching für den Klimaschutz**

Die DUH hat mit dem Klima-Bündnis und dem Ifeu-Institut das „Coaching Kommunaler Klimaschutz“ entwickelt. Zusammen haben wir einen Baukasten mit Instrumenten erarbeitet, mit denen kleine und mittlere Kommunen erste Schritte im kommunalen Klimaschutz gehen können.

Wir haben die Erfahrungen aus einem Pilotprojekt sorgfältig ausgewertet, so dass wir die „Hilfe zur Selbsthilfe“ nun auf Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg übertragen konnten. Dabei beraten DUH, Klima-Bündnis und Ifeu nicht die Gemeinden direkt, sondern regionale Energieagenturen, die

mit ausgesuchten Kommunen eine Beratungsreihe auf Grundlage des Coachings durchlaufen. Die DUH unterstützt dabei die Energieagenturen des Landkreises Konstanz und des Zollernalbkreises. Die Kommunen erhalten beispielsweise Tipps, wie sie ihr Energiemanagement professionalisieren und dabei die Nutzer kommunaler Gebäude einbeziehen können. Für 2014 plant die DUH, das Coaching zu aktualisieren, Berater zu schulen und bundesweit in Kommunen einzuführen.

Gefördert wird es durch das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg.

### **Solar Lokal feiert Jubiläum**

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Solarstrom-Kampagne „SolarLokal“ feierten die Akteure im baden-württembergischen Hirschberg, der ersten „SolarLokal“-Kommune. Die rasante Entwicklung der erneuerbaren Energien wurde von den Pionieren gewürdigt. Die Kampagne SolarLokal von DUH und der SolarWorld AG diskutiert jedoch auch aktuelle und zukünftige Themen wie z.B. Eigenverbrauchsmodelle, Netzstabilisierung durch Photovoltaikanlagen oder die Integration von Speichersystemen in die Nieder- und Mittelspannungsnetze. Somit bleibt SolarLokal mit mittlerweile über 400 Kommunen auch im elften Jahr eine aktuelle Informationsquelle und Medium für die kommunale Öffentlichkeitsarbeit in der lokalen Energiewende.

# Anwalt für Umwelt und Verbraucher

Wissen ist Macht. Je besser die Verbraucher die Umweltauswirkungen von Produkten kennen, desto machtvoller können sie ihre Kaufentscheidungen nach Umweltschutzkriterien ausrichten. Die DUH streitet deswegen seit Jahren dafür, dass eine – man kann sie ruhig mal so nennen – weise Entscheidung der EU-Kommission zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern in Deutschland umgesetzt und kontrolliert wird



■ Um jedem Bürger die Möglichkeit zu geben, sich schnell über den Energieverbrauch von langlebigen Konsumgütern wie Waschmaschinen oder auch Autos zu informieren, hat die EU die Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung erlassen. Die gilt selbstverständlich auch in Deutschland. Die Hersteller und Händler von elektrischen Haushaltsgeräten wie Kühlschränken und Herden aber auch Fernsehgeräten oder Raumklimageräten sind verpflichtet, den Stromverbrauch der Geräte deutlich sichtbar an den Produkten anzugeben.

## Deutliche Kennzeichnung von Energieverbrauch ist Pflicht

Auch die Automobilindustrie und die Autohändler sind gesetzlich verpflichtet, den Spritverbrauch, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Fahrzeuge und die Energieeffizienz deutlich sichtbar und verständlich anzugeben. Die Informationspflicht bezieht sich auf jede Art von Werbung – egal ob auf einem Plakat, in einer Zeitungsanzeige oder einem Hochglanz-Magazin des Herstellers. Händler und Hersteller halten sich jedoch häufig nicht an die Vorschrift, wie die DUH in Stichproben jedes Jahr aufs Neue feststellt.

Die EU hat mit der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung schon vor Jahren Industrie und Handel in die Verantwortung genommen, die Informationen über den Energieverbrauch der Produkte anzugeben. Verbraucher sol-





len nach dem Willen der EU-Kommission in der Lage sein, auf einen Blick den Energieverbrauch und den daraus folgenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu erkennen. Denn der Klimawandel geht alle an. Wir vermeiden nur dann in nennenswertem Umfang das klimawirksame Gas CO<sub>2</sub>, wenn alle Europäer mitmachen. Mit der Umweltinformation auf einem elektrischen Gerät oder am Auto können sich die Menschen für ein sparsames Gerät oder ein spritsparendes Auto entscheiden. Und mit weniger Energieverbrauch schonen die Verbraucher die Umwelt und entlasten ihren Geldbeutel. In der EU-Gesetzgebung zum Energieverbrauch fließen der Schutz von Umwelt, Klima und Verbrauchern zusammen.

### Keine Kennzeichnung, kaum Kontrolle

Die DUH als Umwelt- und Verbraucherschutzverband weist seit nunmehr 16 Jahren Hersteller und Händler von Haushaltgeräten auf diesen Sachverhalt hin. Die DUH-Verbraucherschützer sind äußerst erstaunt, dass Küchenstudios, Baumärkte oder Elektrogeschäfte die ausgestellten Haushaltsgeräte eben nicht kennzeichnen. Auch Autohäuser informieren nicht oder nur unzureichend über den Spritverbrauch der Autos.

Noch erstaunter ist die DUH jedoch, dass die Behörden der Bundesländer die unterschiedlichen, zum Teil seit über zehn Jahren bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen zur Kontrolle der

Verbrauchskennzeichnung von Autos, Reifen und großen Elektrogeräten nicht umsetzen. Die DUH hat alle 16 Bundesländer gefragt, wie sie den Markt überwachen und sicherstellen, dass Verbraucher tatsächlich einen verständlichen Überblick über den Energieverbrauch der Geräte oder Autos bekommen.

Nur Rheinland-Pfalz kontrolliert stichprobenartig die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und verhängte 2012 zwei Bußgelder. Die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Niedersachsen und Sachsen haben immerhin mit stichprobenartigen Marktkontrollen begonnen. Festgestellte Verstöße führten aber nicht zu Sanktionen. Die Mehrheit von neun Bundesländern überwacht die Einhaltung der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung nicht mal stichprobenhaft.

### Autokonzerne geben falschen CO<sub>2</sub>-Ausstoß an

Die DUH übernimmt seit Jahren die Pflicht der Behörden zur Überwachung der Energieverbrauchskennzeichnung. Im Sommer hat die DUH den Autokonzern Daimler erappt, die neue S-Klasse mit falschen Angaben zur CO<sub>2</sub>-Effizienz und zum Spritverbrauch zu bewerben. Auch die BMW-Tochter Rolls-Royce nimmt den Klimaschutz nicht Ernst. Auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt hat das deutsch-britische Unternehmen erneut seine klimaschädlichen Luxus-Limousi-

nen ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben zu Spritverbrauch, Energieeffizienz und CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgestellt.

Die DUH hat Rolls-Royce bereits auf der IAA 2011 aufgefordert die Kennzeichnungspflicht einzuhalten. In diesem wie in unzähligen anderen Fällen geben Gerichte der DUH Recht. Denn ob Konzerne oder mittelständische Unternehmen, ob Discounter oder kleine Läden – sehr oft fühlen sich die Verantwortlichen in der Wirtschaft im Recht. Die DUH führt daher eine große Zahl an Gerichtsverfahren, um die Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung durchzusetzen. Die Gerichte bestätigen die DUH ausnahmslos.



# Mit Mehrweg für den Klimaschutz

Mehrweg ist und bleibt unschlagbar für den Umweltschutz. Ob Mehrwegflaschen für Saft, Wasser und Bier oder als Becher in Fußballstadien – das Mehrwegsystem schneidet in Untersuchungen zur Umweltverträglichkeit am besten ab. Grund genug für die DUH, vehement gegen die Machenschaften der Einweglobby und ihre Tricks vorzugehen



1 : 0 für Mehrweg: Umweltbewusste Fußballfans nutzen die klimafreundlichen Mehrwegbecher bei den Spielen der Bundesliga

■ Umweltschutz kann so einfach sein. Verbraucher tragen dank des Mehrwegsystems mit jeder Mehrweg-Getränkeflasche zum Umwelt- und Klimaschutz bei. Die DUH engagiert sich seit vielen Jahren für das Mehrwegsystem, das eines der wirksamsten Instrumente im alltäglichen verbrauchernahen Umweltschutz ist. Mehrweg schont Ressourcen, verbraucht weniger Energie als Einweg und produziert kaum Müll. Obendrein sichert Mehrweg auch Arbeitsplätze in der mittelständischen Wirtschaft. Eine Mehrwegflasche aus Glas wird häufig

zwischen 40 und 60 Mal wieder befüllt. Eine einzige klassische 0,7 Liter Glas-Mehrwegflasche bringt damit genauso viel Mineralwasser zum Kunden, wie 23 Einwegflaschen aus Plastik mit 1,5 Liter Inhalt oder 70 Einwegflaschen mit 0,5 Liter Wasser. Einweg produziert also einen großen Haufen Abfall.

Das deutsche Mehrwegsystem ist weltweit einzigartig und die DUH streitet für den Erhalt dieser umweltpolitischen Errungenschaft. Die Vorteile des Mehrwegsystems sind offenkundig, dennoch

bleibt das Umweltministerium behäbzig, wenn es um den Schutz des Mehrwegsystems geht.

## Konzerne torpedieren das Mehrwegsystem

Die global agierenden Konzerne der Getränke- und der Verpackungsindustrie torpedieren das Mehrwegsystem. Mal bringen sie Einwegglasflaschen mit der Anmutung von Mehrwegflaschen auf den Markt, dann bekommen PET-Einwegflaschen plötzlich die Bezeichnung „Mehrweg“ als Aufdruck.

## „Getränkedosen stärken nur die Konzerne“



DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch über die Verbrauchertäuschung bei Discountern, Umweltschutz durch Mehrweg und die Werbelügen der Konzerne.

### Herr Resch, Discounter und Supermärkte verkaufen immer wieder Einwegflaschen mit dem Mehrweglogo. Warum diese offenkundige Verbrauchertäuschung?

*Umweltschutz ist ein wesentliches Kriterium für die Verbraucher bei der Kaufentscheidung. Neben den Falschkennzeichnungen als Mehrweg gibt es ungleich mehr Fälle, bei denen durch Fantasiebegriffe der Eindruck eines Mehrwegsystems erweckt wird. Viele Supermärkte und Discounter wollen also vom guten Image von Mehrweg profitieren, ohne sich aber am damit verbundenen Mehrweg-Rücknahmesystem zu beteiligen.*

### Aber sowohl der Handel als auch die Getränkekonzerne probieren es immer wieder.

*Ja, sie lassen nichts unversucht, das Mehrwegsystem auszuhöhlen und mit falschen Behauptungen für ihre Zwecke zu missbrauchen. Ein krasses Beispiel hat der Dosenhersteller Ball Packaging geliefert, der bis zu unserer Abmahnung Getränk-*

*kedosen mit dem Aufdruck „Die Dose ist grün“ beworben hat.*

### Wenn aber die Unternehmen das Öko-Image und die Mehrwegflaschen so werbewirksam finden, warum verkaufen sie dann nicht gleich die Getränke im Mehrwegsystem und erzählen nicht nur davon?

*Discounter und Dosenlobbyisten erhoffen sich durch die herbeigeredete ökologische Heiligsprechung und gleichzeitige Wiedereinlistung der Getränkedose hohe Gewinne. Vor der Einführung des Pflichtpfandes war Deutschland einer der wichtigsten Märkte Europas. Acht Milliarden Dosen wurden hier jährlich verkauft. Heute sind es nur noch 1,4 Milliarden Dosen. In Dosen können die Getränkehersteller kleinere Portionen teurer verkaufen als in Flaschen mit größeren Füllvolumen.*

### Dann müssten die Dosen immer kleiner werden.

*Werden sie auch. Der Getränkekonzern Coca Cola bietet eine Dose mit nur noch 150 Milliliter Inhalt an.*

*Ökologisch ist so was natürlich der absolute Irrsinn. Je kleiner die Dose, desto mehr Material braucht man, um dieselbe Getränkemenge zu verpacken.*

### Die DUH deckt immer wieder derartige Verbrauchertäuschungen von Handel und Industrie auf. Ist dafür nicht der Staat zuständig?

*Im Prinzip ja. Wir beobachten aber in allen umweltrelevanten Bereichen, dass Behörden die Umsetzung der Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze kaum noch überwachen. Industrie und Handel machen erst mal dreist was sie wollen, führen die Verbraucher in die Irre und scheren sich nicht um den Umweltschutz. Deswegen sind die unabhängigen Nichtregierungsorganisationen so entscheidend für den Umwelt- und Naturschutz.*

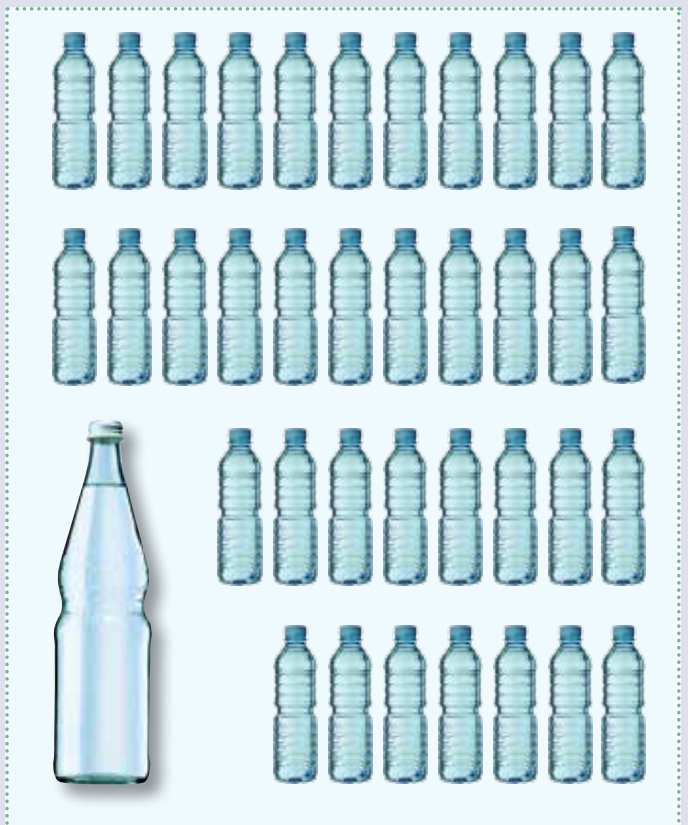
# Mehrweg ist Klimaschutz!



**Kaufen Sie Getränke in Mehrwegflaschen!**  
Das spart Ressourcen, vermeidet Abfall und schützt das Klima!

Eine Initiative von: Deutsche Umwelthilfe, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Verband der Deutschen Getränke-Industrie (VdGI)

Die Umwelt schützen ist so einfach – Helfen Sie mit und unterstützen Sie uns! [www.duh.de/mehrweg\\_klimaschutz.html](http://www.duh.de/mehrweg_klimaschutz.html)



Eine einzige 0,7-Liter Mineralwasserflasche ersetzt 37 1,0-Liter PET-Einwegflaschen

Einwegorientierte Konzerne, Discounter und Supermärkte versuchen zwar vom umweltfreundlichen Image der Mehrwegflaschen zu profitieren, wollen aber billig davonkommen. Denn in der zunehmend automatisierten Lebensmittelindustrie stört Mehrweg die mechanisierten betrieblichen Abläufe und vor allem die Renditeerwartungen der Vorstandsetage.

### Die Dose ist nicht grün

Einen dreisten Fall von Verbrauchertäuschung hat die DUH bei der Kaisers Tengelmann GmbH aufgedeckt. Das Handelsunternehmen hatte Einwegflaschen als Mehrwegflaschen beworben. Die DUH wollte diese Verbrauchertäuschung mit falschen Umweltversprechen nicht hinnehmen und klagte dagegen. Das Landgericht Duisburg hat entschieden, dass die Kaisers Tengelmann GmbH die Einwegflaschen nicht

länger als Mehrweg verkaufen darf (Az.: 22 O 111/12). Selbstverständlich freuen sich die DUH-Mehrwegexperten über ein derartig klares Urteil. Sie suchen in Discountern und Supermärkten regelmäßig nach „falschen“ Mehrwegflaschen und stoßen dabei auf die erstaunlichsten Auswüchse der einwegorientierten Getränkeindustrie.

So trauten sie ihren Augen kaum, als sie Getränkedosen fanden, die mit dem Slogan „Die Dose ist grün“ bedruckt waren. Die DUH klagte daraufhin gegen den Dosenhersteller Ball Packaging, denn nach Auffassung der DUH führte die Werbekampagne zur angeblichen Umweltfreundlichkeit der Getränkedose die Verbraucher systematisch in die Irre. Durch den Aufdruck „Die Dose ist grün“ direkt auf der Dose sollte der Eindruck entstehen, Getränkedosen seien ein umweltfreundliches und ökologisch verträgliches

Produkt. Das Landgericht Düsseldorf hat der DUH in einem Urteil Recht gegeben und Ball Packaging die Wiederholung der irreführenden Behauptung untersagt (AZ 37 O 90/12). Somit ist gerichtsfest: Getränkedosen sind nicht „grün“.

Für das Mehrwegsystem setzt sich die DUH auch auf dem politischen Parkett ein. Hartnäckig verfolgt die DUH die Kennzeichnungspflicht für Einweg- und Mehrwegflaschen. Denn obwohl die Verbraucher lieber umweltfreundliche Mehrwegflaschen kaufen wollen, kennen gerade mal die Hälfte der Verbraucher den Unterschied zwischen den bepfandeten Mehrweg- und bepfandeten Einwegflaschen. Die DUH kämpft daher für eine verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Einweg- und Mehrweg auf dem Produkt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte sich zwar im Koalitionsvertrag zu einer

**So geht's nicht, hat das Gericht entschieden: Dosen sind nicht grün und dieser Aufdruck ist somit eine klare Täuschung der Verbraucher**

**Viel zu viele Medikamente landen als Abfall in Toiletten oder Waschbecken und belasten unser Wasser. Ein verpflichtendes Rücknahmesystem in Apotheken könnte Abhilfe schaffen.**



klaren Kennzeichnung von Getränkeverpackungen bekannt, nach Wiederstand der Einweglobby und der FDP aber nur eine abgeschwächte Kennzeichnungsregelung am Verkaufsregal auf den Weg gebracht. Diese hat es im Bundesrat nicht einmal zur Abstimmung gebracht. Die DUH wird sich nach dem Ausscheiden der FDP aus der Regierung für einen neuen Anlauf einer verbraucherfreundlichen Produktkennzeichnung einsetzen.

Da die DUH zu Mehrwegsystemen und der Umweltverträglichkeit von Getränkeverpackungen eine außerordentliche Expertise aufgebaut hat, ist sie ein gefragter Gesprächspartner für Entscheidungsträger aus Politik und Wissenschaft. Die DUH sitzt daher als ständiges Mitglied im Begleitkreis des Forschungsvorhabens des Umweltbundesamtes zur Aktualisierung der Ökobilanzierung von Getränkeverpackungen.

### **Eigentor mit Einwegbechern**

Unsere Begeisterung für Mehrweg hat uns auch in Fußballstadien geführt. Ja, für Fußball interessiert sich die DUH auch – aber mehr noch für die Becher in den Stadien. Rund 10 Millionen Einwegbecher haben die Fußballfans in der Saison 2012/2013 nur bei den Spielen der Bundesliga verbraucht. Die DUH wirbt deswegen bei den Fußballclubs für Mehrwegbecher. Mehrwegbecher aus Kunststoff sind eindeutig die umweltfreundlichste Variante, hat eine Un-

tersuchung der DUH bei wissenschaftlichen Instituten, Becherherstellern und Systemanbietern ergeben.

Mit Sorge beobachtet die DUH, dass mehr und mehr Einwegbecher in deutschen Fußballstadien eingesetzt werden. Insbesondere Becher aus dem biologisch abbaubaren Kunststoff Polylactid (PLA) fallen öfters an. Die Bioplastikbecher werden damit beworben, dass sie biologisch abbaubar und besonders umweltfreundlich seien. Wir haben die Umweltauswirkungen von konventionellen Mehrwegbechern und Einwegbe-

chern aus PLA miteinander verglichen und haben festgestellt: Die angeblichen gesamtökologischen Umweltvorteile von PLA-Bechern treffen nicht zu. PLA-Becher sind ähnlich umweltschädlich wie gewöhnliche Einwegbecher auf Rohölbasis. Mehrwegbecher werden hingegen durchschnittlich 41 Mal benutzt und haben schon nach dem fünften Einsatz eine bessere Umweltbilanz als Einwegbecher.

Das DUH-Fazit ist deswegen eindeutig: Die Einführung der PLA-Einwegbecher ist ein Eigentor der Fußballbundesligisten.

## **Entsorgung von alten Medikamenten mit System**

Alte Medikamente belasten das Grund- und Trinkwasser, schädigen die Natur und landen über die Nahrungskette auch beim Menschen. Das belegen seit den frühen 1990er Jahren zahlreiche internationale Studien. Mittlerweile haben die Arzneimittel in der Natur schon Verhaltensänderungen bei Fischen ausgelöst und tragen zum Artensterben bei. Die DUH fordert deshalb die Einführung eines bundesweit einheitlichen Medikamenten-Sammelsystems in Apotheken.

Eine EU-Richtlinie verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten seit 2004 zur Einrichtung von geeigneten Sammelsystemen für abgelaufene oder ungenutzte Medikamente. Deutschland hat die Richtlinie nach Meinung der DUH bis heute nicht umgesetzt. Bis auf wenige Ausnahmen dürfen Medikamente im Hausmüll entsorgt werden. Die DUH meint: Das verstößt gegen EU-Recht und gegen den gesunden Menschenverstand. Deshalb setzt sich die DUH für die Medikamentenentsorgung mit System ein.

# Plastiktüten sind die Pest

Weder Plaste noch Elaste – um die Flut von fünf Milliarden Plastiktüten in Deutschland einzudämmen, setzt sich die DUH für eine Abgabe auf Einweg-Plastiktüten ein. Auch beim Beutel gilt unser Grundsatz: Mehrweg schont die Umwelt



■ Vermeiden und wiederverwenden heißen die obersten Gebote der Abfallpolitik. Mit anderen Worten: Produkte sollen mit so wenig Material hergestellt werden, wie möglich. Und wenn es gar nicht anders geht, dann sollen die Materialien auf jeden Fall nochmal benutzt werden können. Das gilt vor allem für die Verpackung von Produkten. Eine Zahncremetube braucht keinen Pappkarton drum herum, Birnen keinen Plastikkorb mit Plastikfolie drüber, der neue Pullover kein Seidenpapier in der dickwandigen Papiertüte.

Die Europäische Kommission hat schon vor vielen Jahren den Europäern aufgetragen, dass sie weniger Müll pro-

duzieren sollen. In der sogenannten Abfallhierarchie haben die europäischen Umweltpolitiker geregelt, dass Verpackungen vermieden und wenn es nicht anders geht, so beschaffen sein sollen, dass sie mindestens nochmal benutzt werden können. Nur wenn sich Verpackungen nicht wieder verwenden lassen, soll sie als Abfall recycelt, verwertet oder beseitigt werden.

## Seevögel sterben durch Plastikmüll

Einen riesengroßen Müllberg produziert Deutschland mit Plastiktüten. Jedes Jahr verbrauchen die Einwohner 5,3 Milliarden Plastiktüten. Das sind 106.000 Ton-

nen Kunststoff, der in Tütenform wie ein Lindwurm aus Plastik 39 Mal die Erde umrunden würde. Weltweit sind Plastiktüten ein Problem, und auch in Deutschland vergammeln Plastiktüten im Wald und treiben im Meer. Seevögel, Schildkröten und Meeressäuger fressen Plastik und verenden daran. Welchen langfristigen Schaden die zerfallenden Plastiktüten in der Natur anrichten, kann kein Mensch abschätzen.

Grund genug für die Deutsche Umwelthilfe gegen die Plastikflut zu kämpfen. Auch bei der Verpackung gilt unser oberster Grundsatz: Mehrweg schont die Umwelt. Die beste Alternative für die Plastiktüte sind Mehrweg-

beutel aus recyceltem Kunststoff oder aus natürlichen Materialien wie Baumwolle. „Ick bin eine Jute“ steht in schöner Berliner Doppeldeutigkeit auf Stoffbeuteln in Berlin, wo die DUH ihre Kampagne gegen Plastiktüten begonnen hat. Mit der Stiftung Naturschutz Berlin informieren wir die Berliner über die Umweltauswirkungen von Einwegtüten und die sinnvollen Alternativen. Unsere Kampagne „Einwegplastik kommt nicht in die Tüte“ weiten wir 2014 sogar deutlich aus.



## Von den Iren lernen

Um das Umdenken im ganzen Land zu beschleunigen, setzt sich die DUH für eine zusätzlich zum Verkaufspreis erhobene Abgabe von 22 Cent auf Kunststofftüten ein. Der Verbraucher soll dazu motiviert werden, auf Einwegtragetaschen zu verzichten und mit stabilen Einkaufstaschen bzw. Tüten seine Waren nach Hause zu tragen. Abgeschaut haben wir uns die Idee mit der Abgabe in Irland. Seitdem die Iren für jede Tüte 22 Cent zahlen, ist der jährliche Tütenverbrauch pro Person von 328 auf 16 Stück gesunken.

Die DUH hat viel Unterstützung von Politikern und Prominenten erfahren. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz, der Präsident des Umweltbundesamtes Jochen Flasbarth und die Schauspielerin Inka Bause unterstützen die Kampagne „Einweg-Plastik kommt nicht in die Tüte“. Auch die EU-Kommission hat das Plastiktütenproblem in Europa erkannt und will den Mitgliedstaaten zukünftig das Verbot von dünnen Tüten mit weniger als 50 Mikrometern erlauben. Doch der DUH reicht der EU-Vorschlag nicht aus, denn Hersteller brauchen ihre Tüten ja nur ein wenig dicker zu machen, um dem drohenden Verbot zu entgehen. Dann würde noch mehr Material in Form von Plastiktüten verschwendet. Die DUH engagiert sich daher auch in Brüssel weiter für die Vermeidung der Plastiktüte.

Kaputte Energiesparlampen, alte Kühlschränke und Bauschaumdosen können weder vermieden noch wiederverwendet werden. Sie müssen umweltgerecht entsorgt werden. Sie enthalten

gefährdende Stoffe für Umwelt, Klima und den Menschen. In Energiesparlampen sind zum Beispiel geringe Mengen Quecksilber, in Bauschaumdosen das gesundheitsgefährdende Isocyanat und in Kühlschränken der Klimakiller FCKW enthalten.

## Entsorgen aber richtig

DUH-Stoffstromexperten untersuchen in Baumärkten regelmäßig die Rücknahme von Energiesparlampen und die Einhaltung der gesetzlichen Informationspflicht zur korrekten Entsorgung von Bauschaumdosen. Doch das Ergebnis des DUH-Baumarkt-Checks ist ernüchternd. Baumärkte beraten ihre Kunden kaum über ordnungsgemäße Entsorgungsmöglichkeiten. Außerdem

haben nicht einmal die Hälfte der untersuchten Baumärkte Rückgabecontainer aufgestellt, die die Kunden leicht erreichen können. Die DUH berät die Handelsunternehmen seit Jahren über die Information und Rücknahme von Energiesparlampen und Bauschaumdosen. Doch mehr als die Hälfte der getesteten Märkte erhielt für seine Dienstleistungen rund um Energiesparlampen und Bauschaumdosen nur ein „mangelhaft“.

Die DUH wird den Weg von ausrangierten Konsumgütern weiterhin verfolgen. Wir wissen, dass der beste Müll der ist, der gar nicht erst entsteht. Aber wenn der Müll schon nicht vermieden wird, gehen wir der Sache auf den Grund.



# Umweltbildung im Garten der Zukunft

Kinder und Senioren legen Wildblumenwiesen an, bauen Insektenhotels und lernen jede Menge über Kräuter, Insekten und den Spaß, gemeinsam etwas für den Naturschutz zu unternehmen. Der Regionalverband Nord unterstützt sie dabei. Mit 177 Projekten auf drei Kontinenten feiern die DUH und Rapunzel Naturkost die Erfolgsgeschichte 15 Jahre Entwicklungsprojekte im Hand in Hand-Fonds

■ Wenn alle zusammen anpacken, geht es voran. Und manchmal wird es Licht, wie ein beispielhaftes Projekt an der Hekima Girl's Secondary School in Tansania zeigt. Mit Fördermitteln des Hand in Hand-Fonds wurde dort eine Photovoltaikanlage gebaut. Acht Klassenräume und ein Computerraum haben nun eine eigenständige Stromversorgung und sind unabhängig von den manchmal wackligen öffentlichen Stromleitungen. Der Strom ist zudem teuer und hat bislang einen Großteil der Kosten der Schule ausgemacht.

An der Hekima Schule bekommen 480 Mädchen und junge Frauen eine Schulausbildung, wobei sie auch praktischen Unterricht in ökologischem Landbau

und Saatzucht haben. Damit wird die Eigenversorgung der Schule sicher gestellt. Mit Unterstützung aus dem Hand in Hand-Fonds wurde die Trinkwasserversorgung saniert.

Die DUH und Rapunzel Naturkost fördern seit 15 Jahren mit dem 1998 ge-



gründeten Hand in Hand-Fonds mittlerweile 177 Projekte in 44 Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika. Sie unterstützen zusammen mit Nichtregierungsorganisationen soziale und ökologische Projekte, die die Bildung und die Hilfe zur Selbsthilfe fördern und somit die Zivilgesellschaft stärken.

Gemeinsam haben DUH und Rapunzel Naturkost ein Förderkonzept mit nachhaltiger Wirkung entwickelt. Der Fonds basiert – heute wie vor 15 Jahren – auf der Entscheidung von Joseph Wilhelm, Gründer von Rapunzel Naturkost, ein Prozent des Einkaufswerts der Hand in Hand-Produkte in den Fonds zu spenden, weitere private Spenden kommen dazu.

## Grüne Inseln für Alt und Jung

■ Die Idee ist ganz einfach und hat sich seit Jahrtausenden bewährt: Wenn Kinder und ältere Menschen zusammen etwas unternehmen, haben alle etwas davon. Das gilt umso mehr, wenn die Jungen und die Alten zusammen draußen in der Natur sind. Denn Natur macht glücklich und das ganz von allein. Die Schul-Expertinnen vom Regionalverband Nord haben in Hannover Kinder aus Kitas und Schulen mit Senioren zusammengebracht. Gemeinsam haben sie im Frühjahr sechs Wildblumenwiesen angelegt, die schon bald grünen und blühen.

Die Wildblumen und Kräuter haben Insekten und Wildbienen angezogen

und damit sie sich leichter festsetzen, haben die Kinder und Senioren auch Insektenhotels für die Tiere gebaut.

In Workshops haben die jungen und älteren Naturfreunde dann noch Prakti-



sches über Wildbienen und die Heil- und Küchenkräuter gelernt. Zur Kräuterkunde gehörte auch, wie Salben hergestellt werden und wie Kräuter zu leckerem Essen verarbeitet werden können.

Die 500 Obstbäume, die der Regionalverband Nord mit Schülerinnen und Schülern schon im Herbst 2011 in den Gärten der Schulen oder Kindergärten gepflanzt hat, wachsen und gedeihen. Die Kinder und Jugendlichen haben für ihren Baum die Patenschaft übernommen. Von einem Baumschulmeister haben sie gelernt, wie sie die Bäume professionell schneiden und damit im Herbst für eine reiche Ernte sorgen.



# Der UmweltMedienpreis 2013

## Umwelt Medienpreis



■ Braunkohletagebau in Brandenburg, Teersande in Kanada, Hochwasser an der Oder und die CO<sub>2</sub>-Grenzwert Verhandlungen in Brüssel – Journalistinnen und Journalisten tragen entscheidend zur Bewusstseinsbildung für Umweltthemen bei. Sie fragen kritisch nach, recherchieren hartnäckig auch die schmutzigen Themen und formulieren die oft komplizierten Sachverhalte so, dass Leser und Zuschauer sich ein Bild von dem Zu-

sammenspiel in Natur und Politik, Umwelt und Wirtschaft machen können. Die Medienschaffenden geben Natur und Umwelt in Print, Radio, Fernsehen und im Internet eine Stimme.

Die DUH würdigt die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten mit dem UmweltMedienpreis. Seit vielen Jahren vergeben wir an Journalisten, Redaktionen, Autoren, Filmemacher oder auch

an Wissenschaftler den Preis für „herausragende Leistungen bei der journalistischen und schriftstellerischen Auseinandersetzung mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“, wie es in der Ausschreibung heißt. Kurz gesagt: Wir sagen Danke im Namen von Natur und Umweltschutz. Unterstützt wird der UmweltMedienpreis von der Deutsche Telekom Technik GmbH.

## Die Preisträger des 18. UmweltMedienpreises



Kategorie Lebenswerk

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Bundesumweltminister a.D., langjähriger Direktor des UN-Umweltschutzprogramms UNEP, Exekutivdirektor des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Potsdam



Kategorie Hörfunk

**Gábor Paál**, Hörfunkautor, Moderator und Redakteur der SWR2-Sendungen „Forum“ und „Impuls“ und der „SWR2 Radio Akademie“



Kategorie Printmedien

**Michael Bachmüller**, Parlamentskorrespondent Süddeutsche Zeitung



Kategorie Fernsehen/Film

**Christian Jentzsch**, Freier Journalist und Filmemacher; Autor von „Wem gehört das Wasser?“ der WDR-Reihe die story

# Das Leitungsteam



■ **Jürgen Resch** führt die DUH als Bundesgeschäftsführer bereits seit 1986. Jürgen Resch hat die Einführung schwefelfreier Kraftstoffe und Dieselrußpartikelfilter durchgesetzt, er hat vor dem Europäischen Gerichtshof das „Recht auf saubere Luft“ in unseren Ballungszentren erstritten und maßgeblich zum Erhalt des klimafreundlichen Mehrwegsystems in Deutschland beigetragen. Zur Durchsetzung von Energieeffizienz, Luftreinhaltung und Klimaschutz schmiedet Resch ungewöhnliche Allianzen mit Unternehmen, Vertretern aus Politik und Verbänden. Ehrenamtlich tätig ist Jürgen Resch im Stiferrat des Global Nature Fund und als Vorstandsmitglied der Tropenwaldstiftung OroVerde.



■ **Michael Spielmann** ist seit September 2012 Bundesgeschäftsführer der DUH. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Energiewende, dem Klima- und dem Naturschutz. Der DUH ist Michael Spielmann bereits seit dem Jahr 2000 als ehrenamtliches Mitglied des Vorstands verbunden und war viele Jahre stellvertretender Vorsitzender. Er hat als Geschäftsführer die Heinz-Sielmann-Stiftung geleitet, war Geschäftsführer der BUND-Landesverbände Baden-Württemberg und Thüringen. Michael Spielmann ist Diplom-Politologe und hat Volkswirtschaft studiert. Seit mehr als 20 Jahren engagiert er sich in zahlreichen Ehrenämtern, zum Beispiel als Präsident der Naturstiftung David und als Vorstand der Karl Gnandt-Stiftung.



■ **Dr. Peter Ahmels** leitet den Bereich Erneuerbare Energien und das Forum Netzintegration in Berlin. Er ist promovierter Agrarwissenschaftler mit eigenem Hof in Ostfriesland und war von 1997 und 2007 Präsident des Bundesverbands Windenergie (BWE).



■ **Dorothee Saar** leitet den Bereich Verkehr und Luftreinhaltung. Sie hat Landschaftsplanung in Berlin studiert, hat mehrere Jahre freiberuflich als Diplom-Ingenieurin in der Landschaftsplanung mit dem Schwerpunkt Verkehrsinfrastrukturplanung gearbeitet und war Projektleiterin für energieeffiziente Verkehrssysteme bei der dena. Bei der DUH ist sie seit 2006.



■ **Thomas Fischer** leitet seit 2013 den Bereich Kreislaufwirtschaft. Als Experte für Abfallwirtschaft, Umweltmanagement und Nachhaltigkeitsberichterstattung hat er sechs Jahre als Projektmanager der DUH gearbeitet, davor hat er Erfahrungen in einem Industrieverband gesammelt. Thomas Fischer hat an der Universität Lüneburg studiert und ist Dipl. Umweltwissenschaftler.



■ **Michael Hadamczik** leitet den Bereich Marketing und Finanzen und die Bundesgeschäftsstelle in Radolfzell. Er ist studierter Diplom-Volkswirt, war Geschäftsführer des Öko-Test-Verlages und dann viele Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen.



■ **Dr. Gerd Rosenkranz** ist seit 2004 Leiter Politik und Presse im Büro Berlin. Zuvor hat er für das Magazin Der Spiegel, die Tageszeitung taz und als freier Journalist mit den Schwerpunkten Umwelt und Energie gearbeitet. Studiert hat Gerd Rosenkranz Werkstoffwissenschaften (Dipl. Ing.) und Kommunikationswissenschaft in Stuttgart.



■ **Ulrich Stöcker** leitet seit Juli 2009 den Bereich Naturschutz in Berlin. Davor war er Leiter des Referats „Grundsatz- und Rechtsfragen des Naturschutzes“ im Umweltministerium Brandenburg. Ulrich Stöcker hat Jura u.a. in Saarbrücken und Lausanne studiert, für das Umweltbundesamt und das UN-Umweltprogramm gearbeitet.



■ **Dagmar Israel** leitet seit Oktober 1990 die Geschäftsstelle in Hannover und den Regionalverband Nord. Sie ist Gymnasiallehrerin für Biologie und Geographie, hat bei einer Unteren Naturschutzbehörde als Biologin gearbeitet und Umweltschutztechniker ausgebildet. Ehrenamtlich engagiert sich Dagmar Israel als 1. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Niedersachsen/Bremen und im Vorstand des Vereins „Umweltschulen für Europa“.



■ **Agnes Sauter** leitet seit April 2009 den Bereich Verbraucherschutz in Radolfzell. Sie kennt alle Facetten der DUH-Verbandsarbeit, da sie seit 1998 in leitender Funktion in der Bundesgeschäftsstelle tätig ist. Agnes Sauter ist Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin und war vor ihrem Einstieg bei der DUH Geschäftsführerin des Malteser Hilfsdiensts in Esslingen.



■ **Albert Wotke** leitet das Berliner Büro der DUH seit dessen Gründung 2001 und führt die Geschäfte des Regionalverbands Ost. Nach dem Biologiestudium in Freiburg lehrte und forschte er zu Vegetations- und Naturschutzthemen am Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung. Seit seiner frühen Jugend engagiert sich Albert Wotke ehrenamtlich im Naturschutz, u.a. beim BUND.



■ **Dr. Cornelia Nicklas** leitet den Bereich Recht in der Geschäftsstelle Berlin. Sie hat in Frankfurt/Main Jura studiert und als Umweltjuristin für Ecologic im Bundesumweltministerium, als Rechtsanwältin und als Referentin im Öffentlichen Dienst gearbeitet.



■ **Robert Spreter** leitet den Bereich Kommunalen Umweltschutz in Radolfzell. Er kam 2002 zur DUH und hat maßgeblich die Wettbewerbe Zukunftsfähige Kommune und Bundeshauptstadt im Klimaschutz entwickelt. Nach einer Ausbildung zum Vermessungstechniker hat Robert Spreter Landschaftsplanung und Städtebau studiert und engagierte sich in der BUNDjugend für den Naturschutz.



■ **Dr. Cornelia Ziehm** leitet seit März 2009 den Bereich Klimaschutz und Energiewende in Berlin. Sie war Staatsrätin für Umwelt, Europa und Entwicklungszusammenarbeit in Bremen und hat von 2005 bis 2007 den Bereich Recht und Verbraucherschutz bei der DUH geleitet. Cornelia Ziehm hat Jura u.a. in Hamburg studiert, war als Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Umwelt-, Bau- und Planungsrecht tätig.

# Solide Finanzen sichern Unabhängigkeit

Engagement für Umwelt- und Naturschutz erfordert Unabhängigkeit.

Dazu braucht die DUH eine verlässliche finanzielle Basis.

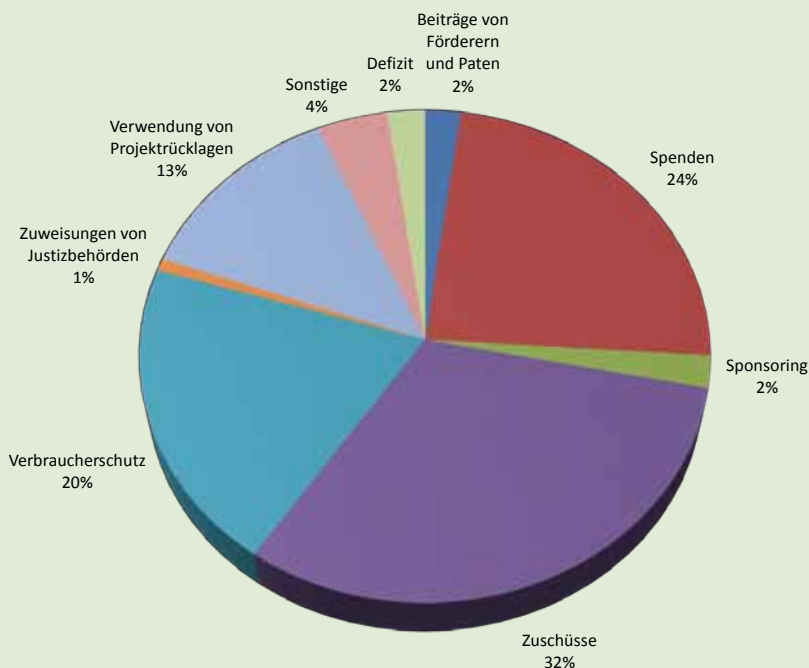
Basis und Unabhängigkeit schaffen wir uns durch Zuschüsse von öffentlichen und privaten Institutionen, Spenden und Einnahmen aus dem Verbraucherschutz

## Erträge der DUH 2012 (in Tausend Euro, gerundet) \*

	2012	2011
Beiträge von Förderern und Paten	161	160
Spenden	1.810	1.864
Sponsoring	160	381
Zuschüsse	2.380	2.391
Verbraucherschutz	1.524	1.489
Zuweisungen von Justizbehörden	59	174
Verwendung von Projektrücklagen	988	529
Sonstige	320	364
Defizit	173	
	7.575	7.352

■ Um Abhängigkeiten zu vermeiden und Schwankungen auszugleichen, achten wir darauf, eine gute Mischung unserer Einnahmen zu erreichen, mit denen wir die Arbeit von mittlerweile mehr als 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen. Die Sicherung der notwendigen Finanzmittel ist Jahr für Jahr eine große Herausforderung, denn Spendeneinnahmen sind nicht verlässlich und nur schwer langfristig planbar. Auch Projektzuschüsse und andere Finanzmittel wollen eingeworben werden und unterliegen Schwankungen.

Ohne Engagement, Kompetenz und Begeisterung für die Aufgabe kann ein Verband wie die Deutsche Umwelthilfe nicht existieren, wichtig ist aber auch eine solide finanzielle Grundlage. In den vergangenen Jahren ist es am Ende immer gelungen, den DUH-Haushalt weitgehend oder vollständig auszugleichen – ein enormer Kraftakt angesichts eines Haushaltsvolumens von zuletzt etwa 7,5 Millionen Euro. Im Jahr 2012 haben wir es nicht ganz geschafft, am Ende blieb ein Defizit von 173.000 Euro in den Büchern, das die freien Rücklagen des Vereins geschmälert hat. Das Haushaltsvolumen war im Vergleich zu 2011 nahezu unverändert.



### \*Anmerkungen:

Der geprüfte Jahresabschluss für das Jahr 2013 lag zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts (01.12.2013) noch nicht vor. Da wir nur testierte Zahlen veröffentlichen, finden Sie hier die Zahlen des Jahresabschlusses 2012.

Geringfügige Summenabweichungen sind durch Rundungsdifferenzen verursacht.

## Einnahmen: Verlässliche Grundlage

Die Basis des DUH-Haushalts sind die regelmäßigen Zuwendungen unserer Förderer und Paten und die Spenden vieler Menschen, die unsere Arbeit teilweise schon seit vielen Jahren unterstützen. Dazu kommen Projektzu-

schüsse, die etwa zur Hälfte aus öffentlichen Quellen, vorwiegend Bund und Europäische Union, und zur anderen Hälfte von privaten Stiftungen bereitgestellt werden.

Auch Spenden und Sponsoringbeiträge von Unternehmen tragen zu den Einnahmen bei. Hinzu kommen Einnahmen des Verbraucherschutzes, die zum größten Teil aus der Kontrolle von Unternehmen stammen, die gegen die Regeln der Energieverbrauchskennzeichnung verstoßen haben. Zuweisungen von Justizbehörden, sogenannte Bußgelder tragen ebenfalls zu den Einnahmen bei.

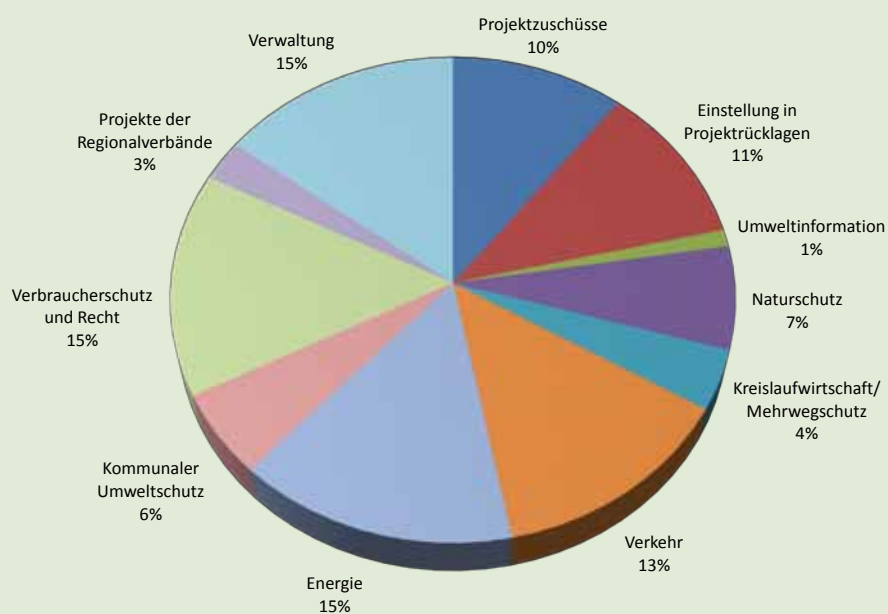
Bei der Verwendung von Projektrücklagen handelt es sich um Geld, das im Vorjahr eingenommen worden war, aber erst im Jahr 2012 zweckgebunden eingesetzt werden konnte. Zu den sonstigen Einnahmen trugen im Jahr 2012 mehrere kleinere Erbschaften bei; auch Zinserträge spielen hier eine Rolle.

### Ausgaben: Schwerpunkt liegt auf den Projekten

Den überwiegenden Teil der verfügbaren Finanzen setzen wir für Projekte im Umwelt- und Klimaschutz, im Naturschutz und für die Durchsetzung der Verbraucherrechte ein. Das Geld fließt zum Beispiel in den Schutz der Meere, in Projekte gegen die Plastiktütenflut, für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung im Verkehr. Wir organisieren Umweltwettbewerbe, veranstalten Informationskampagnen, Kongresse und Veranstaltungen und betreiben eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsar-

### Ausgaben der DUH 2012 (in Tausend Euro, gerundet)

	2012	2011
<b>Projektzuschüsse</b>	<b>802</b>	<b>1.007</b>
<b>Umweltinformation</b>	<b>86</b>	<b>229</b>
<b>Naturschutz</b>	<b>520</b>	<b>545</b>
<b>Kreislaufwirtschaft/Mehrwegschutz</b>	<b>305</b>	<b>315</b>
<b>Verkehr</b>	<b>1.020</b>	<b>857</b>
<b>Energie</b>	<b>1.140</b>	<b>1.015</b>
<b>Kommunaler Umweltschutz</b>	<b>425</b>	<b>434</b>
<b>Verbraucherschutz und Recht</b>	<b>1.131</b>	<b>902</b>
<b>Projekte der Regionalverbände</b>	<b>204</b>	<b>179</b>
<b>Einstellung in Projektrücklagen</b>	<b>818</b>	<b>988</b>
<b>Verwaltung</b>	<b>1.124</b>	<b>1.093</b>
	<b>7.575</b>	<b>7.564</b>



**Bilanz Deutsche Umwelthilfe e.V.**

Aktiva	2012 in €	2011 in Tsd. €	Passiva	2012 in €	2011 in Tsd. €
<b>Anlagevermögen</b>	<b>144.027</b>	<b>148</b>	<b>Freie Rücklagen</b>	<b>1.072.245</b>	<b>1.245</b>
Sachanlagen	43.516	47			
Finanzanlagen	100.511	101	<b>Zweckgebundene Rücklagen</b>	<b>1.344.746</b>	<b>1.437</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>3.500.066</b>	<b>3.678</b>	Projektrückstellungen	1.051.367	<b>1.198</b>
Forderungen	157.504	68	Sonstige Rückstellungen	293.378	239
Kasse, Banken	2.705.396	2.886			
Sonstige Vermögensgegenstände	637.166	724	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>863.568</b>	<b>930</b>
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>9.186</b>	<b>12</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>372.720</b>	<b>226</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.653.279</b>	<b>3.838</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.653.279</b>	<b>3.838</b>

beit. Für diese Aufgaben standen auch im Jahr 2012 wieder 85 Prozent unserer finanziellen Mittel zur Verfügung.

Die Verteilung der Ausgaben zeigt, dass die DUH ein breites Spektrum an Themen bearbeitet. Die zahlenmäßig größten waren in 2012 die Energiepolitik, der Verbraucherschutz und die Verkehrspolitik. Etwas kleiner, aber nicht weniger wichtig, folgen die Arbeitsfelder Naturschutz, Kommunaler Umweltschutz sowie Kreislaufwirtschaft und Mehrwegschutz. Eine besondere Rolle spielen die Regionalverbände, namentlich der Regionalverband Nord mit seinen Projekten zur Umweltbildung.

Ein wichtiger Teil unseres Engagements liegt in den Projektzuschüssen, welche die DUH vergibt. Mit ihnen stellen wir unseren Partnerorganisationen Mittel bereit und ergänzen damit sinnvoll unsere eigene Projektarbeit. Projektzuschüsse haben wir im Jahr 2012 vornehmlich in den Bereichen Natur-

schutz und Verkehr vergeben. Kleinere Zuschüsse in großer Zahl vergeben wir aus den Erträgen der Haus- und Straßensammlung und der Althandysammlung.

Die Verwaltungskosten blieben trotz wachsender Anforderungen bei 15 Prozent in etwa gleich.

**Bilanz: stabile Verhältnisse**

Die Bilanzsumme ist mit 3,7 Millionen Euro ähnlich groß wie im Vorjahr. Den freien Rücklagen liegen nunmehr bei 1,1 Millionen Euro.

**Geprüfte Finanzen**

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deut-

schen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2012 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

**Mitarbeiter**

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum 30.11.2013 insgesamt 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 38 in der Geschäftsstelle Radolfzell, 40 in der Geschäftsstelle Berlin, weitere 4 in der Geschäftsstelle Hannover sowie je eine im Projektbüro Elbe in Köthen und im Projektbüro Erfurt.

**Bundesvorstand**

**Professor Dr. Harald Kächele**, Berlin  
Vorsitzender

**Burkhard Jäkel**, Betzendorf  
stellvertretender Vorsitzender

**Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler**,  
Hannover  
stellvertretender Vorsitzender

**Corinna Cwielag**,  
Schwerin

**Professor Dr. Margit Mönnecke**,  
Malans (CH)

**Michael Rothkegel**, Frankfurt

**Dr. Thomas Schaefer**, Konstanz

**Susanne Schubert**, Siegburg

**Sabine Weisschedel-Brass**,  
Ausserberg (CH)

**Oliver Drifthaus**,  
Leinfeld-Echterdingen  
Berater

**Bundesgeschäftsführer**

**Jürgen Resch**

**Michael Spielmann**

**Bundesgeschäftsstellen****Leiter der Geschäftsstelle Radolfzell:**

Michael Hadamczik  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Telefon 07732 9995-0  
Telefax 07732 9995-77  
E-Mail: info@duh.de

**Leiter der Geschäftsstelle Berlin:**

Albert Wotke  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin  
Telefon 030 2400867-0  
Telefax 030 2400867-19  
E-Mail: duh-ost@duh.de

**Leiterin der Geschäftsstelle Hannover:**

Dagmar Israel  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
Telefon 0511 390805-0  
Telefax 0511 390805-19  
E-Mail: duh-nord@duh.de

**Regionalverbände****Regionalverband Süd:**

Ansprechpartnerin: Tina Hellwig  
Fritz-Reichle-Ring 4  
78315 Radolfzell  
Telefon 07732 9995-23  
Telefax 07732 9995-77  
E-Mail: hellwig@duh.de

**Regionalverband Ost:**

Ansprechpartner: Albert Wotke  
Hackescher Markt 4  
10178 Berlin  
Telefon 030 2400867-0  
Telefax 030 2400867-19  
E-Mail: duh-ost@duh.de

**Regionalverband Nord:**

Geschäftsführerin des Regionalverbandes:  
Dagmar Israel  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
Telefon 0511 390805-0  
Telefax 0511 390805-19  
E-Mail: duh-nord@duh.de

**Projektbüros****Projektbüro Elbe:**

Ansprechpartnerin: Ines Wittig  
Poststr. 7  
06366 Köthen  
Telefon 03496 210009  
Telefax 03496 210008  
E-Mail: lebendigeelbe@duh.de

**Projektbüro Erfurt:**

Ansprechpartner: Ercan Ayboga  
Fischersand 43  
99084 Erfurt  
Telefon 0361 76402-08  
Telefax 0361 76402-100  
E-Mail: ayboga@duh.de

